Donnerstag, 3. Dezember 1931
Nr. 27. Jahrg. 1931

Preis 10 Pfg.

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Der Austrommler der Republik

Zersetzung der SPD

Hörsing spaltet die SPD mit einem faschistischem Wirtschaftsprogramm

Berlin, 2. Dezember.

Im „Vorwärts" findet sich die folgende, offenbar von parteioffiziöser sozialdemokratischer Seite veranlaßte Notiz: „Der Parteiausschuß beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung auch mit dem „Deutschen Volkskurier", der neuen Tageszeitung, deren Herausgabe durch den Genossen Hörsing allgemein lebhaft verurteilt wurde. Es wurde festgestellt, daß die Herausgabe nicht mit Zustimmung der Bundesleitung des Reichsbanners erfolgt. Der Parteiausschuß erwartet, daß der Parteivorstand die Geschlossenheit der Partei auch gegen Hörsings Vorhaben mit derselben Entschiedenheit verteidigen wird, wie es gegen die SAP geschehen ist."

Spaltung aus Mangel an Idee

* Berlin, 2. Dezember.

Der Zersetzungsprozeß der Sozialdemokratischen Partei macht rasche Fortschritte. Nachdem die SPD ihren revolutionären Flügel abgestoßen und damit den Weg zur Schaffung einer neuen revolutionär-sozialistischen Partei freigemacht hat, der Sozialistischen Arbeiterpartei, hat die Zersetzung nunmehr vom äußersten rechten Flügel der Partei her ebenfalls eingesetzt.

Seit dem 1. Dezember gibt der Reichsbannerführer Otto Hörsing ein eigenes Blatt, den „Deutschen Volkskurier", mit dem Untertitel „Tageszeitung für Arbeitsbeschaffung, Wirtschaft und Politik" heraus. Dieser Schritt ist formal demjenigen gleich, den die Disziplinbrecher des revolutionären Flügels mit der Gründung der „Fackel" vollzogen. Er ist formal sogar noch viel schwerer zu beurteilen, weil Hörsing gleich mit einer Tageszeitung sich selbständig macht, während die „Fackel" nur ein Wochenblatt war. Es wird immerhin einiges historisches Interesse haben, zu sehen, ob der Parteivorstand gegen den Vorsitzenden des staatstreuen Reichsbanners ebenso vorgehen wird, wie gegen den revolutionären Flügel.

Aber mehr als ein historisches Interesse hat das nicht. Und über die formale Gleichheit der Handlungen hinaus besteht auch keinerlei Vergleichbarkeit der beiden Vorgänge miteinander. Zum Bruch mit dem revolutionären Flügel kam es aus sachlich politischen Differenzen. Die Fortführung einer konsequenten Staatspolitik in einer Periode, in der der Staat seinen Ausbeutungscharakter immer deutlicher enthüllen muß, macht das Vorhandensein und das Wirken eines revolutionären Flügels immer unmöglicher. Dagegen besteht zwischen der Hörsingschen Politik und der des Parteivorstandes, von unbedeutenden Schattierungen abgesehen, sachlich und grundsätzlich gar kein Unterschied.

Beide stehen in gleicher Weise auf dem Boden des bürgerlichen Staates,

keiner von ihnen denkt daran, diesen Boden zu verlassen oder gar durch die revolutionäre Aktion der Arbeiterklasse ihn zu sprengen.

Wo sachlich keinerlei wesentliche Differenzen vorliegen, ist man berechtigt, auch im Persönlichen nach Gründen zu forschen. Herr Hörsing beklagt sich in dem groß aufgemachten Leitartikel seiner ersten Nummer darüber, daß „seine bisherigen Bemühungen nicht wirkungsvoll genug waren, da die verantwortlichen Stellen, die in Frage kommenden Organisationen und nicht zuletzt der größte Teil ihrer Presse ihn nicht unterstützten". Also er selbst setzt an die Spitze seines Blattes die Feststellung, daß gekränkter Ehrgeiz die Triebfeder seiner Aktion ist. Man hat ihn nicht genügend zu schätzen gewußt, in der SPD nicht und nicht einmal im Reichsbanner, und nun rebelliert er. Aber das ist seine persönliche Angelegenheit, mit der wir uns über diesen Hinweis hinaus nicht beschäftigen brauchen.

Sehen wir uns einmal das „Arbeitsbeschaffungsprogramm" an, um dessentwillen Hörsing zu so schwerem Geschütz greift. Wie wichtig ihm dieses Programm ist, sieht man daran, daß er es zweimal hintereinander, in der ersten und in der zweiten Nummer, vollständig zum Abdruck bringt.

Der Kernpunkt des Arbeitsbeschaffungsprogramms ist Punkt 10, in dem es heißt:

10. Großarbeitsbeschaffung durch Drosselung der Uebermechanisierung und schärfste Kontrolle der Mechanisierung und Betriebsstillegungen.

Die überstürzte Rationalisierung und Uebermechanisierung ist eine Quelle aller wirtschaftlichen Not. Die Maschine, soweit sie dem Menschen nicht nur die Schwerarbeit abnimmt, sondern darüber hinaus den Kopf- und Handarbeiter ersetzt, hat die Arbeitslosigkeit mit verschuldet.

Also Schluß mit der Entwicklung der Technik, fort mit der Maschine, zurück zum Krauter! Das ist auf den i-Punkt genau **das Wirtschaftsprogramm des Faschismus.**

Mit diesem Programm hat Hitler die Scharen des spießbürgerlichen Mittelstandes, der im Prozeß der wirtschaftlichen Auflösung begriffen ist, mobilisiert und hinter sich gebracht. Hörsings Pech, daß er damit einige Jahre später kommt als Hitler.

Ausgezeichnet in diesen faschistischen Gesamtrahmen paßt die Forderung nach „gesetzlicher Festlegung angemessener Höchstzinsen", die wir im neunten Punkt finden. So ähnlich sagt's Hitler auch, und Hörsing macht sich ebensowenig wie Hitler Gedanken darüber, daß im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft eine solche Forderung utopisch und undurchführbar ist. Sie ist entsprungen demselben Spießergeist, der die Maschine haßt, weil er die Entwicklung des Kapitalismus nicht begreift. Auch mit dem „Verbot der Beschäftigung von Ausländern" reiht sich Hörsing würdig ein in den Rahmen der faschistischen Gedankenwelt.

Seine besondere Errungenschaft allerdings ist die Forderung „Verkürzung der Arbeitszeit bis zur Hebung des Arbeitsmarktes auf die Stufe, an der die Arbeitszeit bis auf 48 Stunden pro Woche im allgemeinen wiederheraufgesetzt werden kann". Hat Hörsing sich zunächst unfähig gezeigt, zu begreifen, daß es gerade das Wesen der kapitalistischen Entwicklung ist, durch die Maschine „den Kopf- und Handarbeiter zu ersetzen", so zeigt er hier noch obendrein, daß er nicht einmal begreift, was es heißt, daß „die Maschine den Menschen die Schwerarbeit abnimmt". Denn das Wesen dieser Tatsache ist gerade, daß die Arbeitszeit — im großen gesehen — parallel mit der technischen Entwicklung verkürzt wird, allerdings nicht durch das Wohlwollen des Staates oder durch phantastische Arbeitsbeschaffungsprogramme, sondern durch den Kampf der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie.

● Als ob Hörsing den dokumentarischen Beweis erbringen wollte, daß er von der kapitalistischen Krise — und nicht nur von dieser letzten! — auch nicht das geringste begriffen hat, setzt er als letzten, 20. Punkt seines Programmes diesen hin: „Vermehrung der landwirtschaftlichen Gütererzeugung". Als ob die Krise darin bestände, daß zu wenig Güter, landwirtschaftliche oder sonstige, vorhanden wären und nicht gerade mehr, als im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft umgesetzt werden können! Wenn Hörsing dann weiter die „Verbesserung der Absatzmöglichkeiten durch Hebung der Qualität" fordert, so muß man ihm nur die Frage vorlegen, wer denn heute die „qualitativ gehobenen" landwirtschaftlichen Güter kaufen soll? Die immer tiefer ins Elend versinkenden Proletarier? Denn die Bourgeoisie versorgt sich schon heute mit den

Pfundkurs 13,72

Der Kursverfall des englischen Pfunds ha sich auch im Laufe des heutigen Vormittag fortgesetzt. Während sich die Sterlingdevise gegenüber New York auf 3,24—3,25 senkte ging bei der hiesigen amtlichen Kursfest stellung London von 13,90 weiter auf 13,7 Mark für ein Pfund Sterling zurück.

Das Stillhaltekonsortium der Bourgeoisie

Ein trauriges und unehrliches Spiel mit Löhnen und Preisen

*Berlin, 2. Dezember

Der wesentliche Inhalt der im Sozialdemokratischen Parteiausschuß gefaßten Beschlüsse ist — wie wir gestern bereits meldeten — die Vorbereitung auf die Fortsetzung der Tolerierungspolitik. Dabei hat die SPD-Führung noch nicht einmal neue Methoden erfunden, um ihre Mitgliedschaft immer von neuem solange zu täuschen, bis der richtige Vorwand wieder da ist, bis wieder der neue Umfall durch eine geeignete Massenpsychose maskiert werden kann.

Wieder ist — wie auf dem Leipziger Parteitag — die Entscheidung verschleppt worden mit der Begründung, man müsse warten, bis der Wortlaut der Notverordnung bekannt sei. Wieder ist das — wie in Leipzig — eine Unwahrheit. Denn — wie in Leipzig — kennt auch jetzt die sozialdemokratische Führung längst den Inhalt der geplanten Notverordnung, weiß, welche tiefeinschneidenden Maßnahmen gegen das Proletariat sie bringen wird. Aber sie stellt sich, als wisse sie die Wahrheit nicht, um sie nicht jetzt, in einem unvorteilhaften Moment, vor den Massen der eigenen Anhänger verteidigen zu müssen.

Die „Berliner Börsen-Zeitung" weiß auch bereits — ähnlich wie andere Blätter — die Grundlage des Kompromisses zu melden: Die unvermeidlichen (!) Lohnsenkungen würden von Preissenkungen abhängig gemacht werden. Zweifellos wird die SPD diesen „Kompromiß"boden wie stets bisher betreten, und der kühne Satz, der sich in ihrer langatmigen Erklärung von gestern findet:

> „Deswegen lehnt die sozialdemokratische Fraktion im engsten Einvernehmen mit den Gewerkschaften neue Lohn- und Gehaltssenkungen ab."

hat damit heute schon sein wahres Gesicht gezeigt: Er war gar nicht so bös gemeint. Noch weniger bös gemeint ist von vornherein der andere Satz:

> „Sie fordert von der Regierung die Erfüllung ihrer Zusage, das kollektive Arbeitsrecht unangetastet zu lassen, und die Durchführung des Beschlusses des Reichstages, der die Aufrechterhaltung des Tarifrechts fordert."

Dabei ist nicht einmal ein „Kompromiß" nötig. Hat doch Brüning längst erklärt, daß eine formale Aenderung des Tarifsystems unnötig sei, da schon das bereits bestehende Recht —

wenn man es nur anders anwende

— ausreiche, um den gewünschten (versteht sich: vom Großkapital gewünschten!) Zweck zu erreichen. Also, wozu diese „Bedingung"?

Und wird auch nur ein Proletarier den faulen Zauber mit der Preissenkung, die den Lohnsenkungen vorangehen soll, glauben? Es wird nicht gesagt, wieviel die Preise sinken müssen, um im Sinne dieses „Kompromisses" die beabsichtigte zehnprozentige, vielleicht noch schärfere Senkung der Löhne durchzuführen. Vielleicht bei einigen wenigen Produkten um 1 oder 2 Prozent? Und jeder Prolet weis heute — der Brotpreis diente ja schon einmal als lebendiges Anschauungsmaterial — daß

heute herabgesetzte Preise morgen um das Doppelte heraufgesetzt

werden können, während die Löhne dann bestimmt nicht folgen. Ganz gewiß nicht, wenn die Arbeiterklasse in ihrer Mehrheit bei der heutigen Politik bleibt. Die sozialdemokratische Führung müßte, wenn sie es ehrlich meinte mit ihren um die Arbeiterinteressen so besorgten Worten, den Proletariern sagen, daß und welche ungeheuren Gefahren dem Proletariat aus der neuen Notverordnung drohen, die die SPD-Führung nach Tendenz und Inhalt kennt; sie müßte die Arbeiterklasse zum Kampf gegen diese Regierung der Ausbeutung zu formieren suchen. Aber das kann die SPD nicht mehr, die längst Fleisch vom Fleische dieses Ausbeuterstaates geworden ist. Sie kann nur noch nach Kompromißformulierungen suchen, die ihr Gesicht wahren. Und das Lebensinteresse des Proletariats geht dabei vor die Hunde.

Es ist höchste Zeit, daß die Proletarier in ihrer ganzen Masse dies erkennen und sich zum revolutionären Kampf gegen die Gesellschaft der Ausbeutung zusammenschließen. Die Fahne dieses Kampfes, von der Sozialdemokratie verlassen, hat die Sozialistische Arbeiterpartei ergriffen und trägt sie voran im Kampf!

Japan bleibt!

Das imperialistische Blutbad dauert an

Tokio, 2. Dezembe

Am Dienstag abend trat das japanische Kabinett zusammen, um über die Lage in der Mandschurei zu beraten. Der Außenminister erstattete Bericht über die Verhandlungen in Paris und erklärte, daß die japanische Regierung bis jetzt keine Verpflichtung zur Abberufung der japanischen Truppen aus China übernommen habe. Der Kriegsminister betonte in seinen Mitteilungen, daß eine **sofortige Abberufung der japanischen Truppen nicht in Frage komme**, da sich eine neue Offensive von seiten des Generals Ma bemerkbar mache.

*

Unzufriedener Gamaschenknopf

Moskau (über Kowno), 2. Dezember.

Wie aus Mukden gemeldet wird, hat der Oberbefehlshaber der japanischen Truppen in China, General Honjo, um seine Entlassung aus dem Heeresdienst gebeten. Bei der Kompromißpolitik der japanischen Regierung sei er nicht in der Lage, die Verantwortung für die militärischen Operationen in der Mandschurei weiter zu tragen.

*

Die Wirkung des chinesischen Boykotts

Moskau (über Kowno), 1. Dezember.

Die Telegraphenagentur der Sowjetunion meldet, daß japanische Firmen im Jangtsetal infolge des Boykotts japanischer Waren seit dem Beginn des Mandschureikonflikts über 10 Millionen Yen verloren hätten. Der Gesamtverlust des japanischen Handels wird auf etwa 30 bis 40 Millionen Yen geschätzt. (1 Yen gleich rund 2 RM.)

---

besten Qualitäten, indem sie ausländische Produkte auch dann kauft, wenn sie durch die Zollpolitik des Bourgeoisstaates für Proletarier längst nicht mehr erschwinglich sind.

Bleibt die **Frage, welche Kräfte** hinter der Horsingschen Aktion stehen. Die kommunistische „Welt am Abend" spricht von großkapitalistischen Kräften und nennt dabei Ivar Kreuger. Der für ein ganz neues Blatt erstaunliche Umfang des Inseratenteils läßt allerdings auf direkte kapitalistische Unterstützung schließen, wenn auch die Kräfte im einzelnen nicht so bald aufzudecken sein werden.

Bedeutsam erscheint, daß hier offenbar eine christlich-faschistische Bewegung nach Form und Entfaltung sucht. Der Chefredakteur des Blattes ist ein Zentrumsmann, Thormann, der früher an dem oppositionellen Zentrumsblatt, der „Rhein-Mainischen Zeitung", tätig war und dann Herrn Dr. Josef Wirths „Deutsche Republik" leitete. Das Reichsbanner selbst hat sich von seinem bisherigen Bundesführer losgesagt. Höltermann hat in offener Front gegen Hörsing die technische Gesamtleitung des Reichsbanners ergriffen, und der Bundesvorstand hat Hörsings Aktion abgeschüttelt.

Es wird sich nun zeigen müssen, wie weit der Einfluß Hörsings im Reichsbanner und innerhalb der sozialdemokratischen Parteikreise geht, das heißt, ob es ihm gelingt, bei einem eventuellen Vorgehen des SPD-Vorstandes gegen ihn irgendwie beachtliche Teile der beiden Organisationen mit seinem faschistischen Wirtschaftsprogramm hinter sich zu bringen. Auf jeden Fall aber ist dieser Hörsing und sein Programm

ein legitimes Kind der schwarzrotgoldenen Staatspolitik.

Er ist im Grunde nur **konsequenter als die**, die bisher mit ihm Schulter an Schulter marschierten. Die Sozialdemokratische Partei trägt auf jeden Fall die Verantwortung dafür, daß hier

von schwarzrotgoldener Seite her faschistisches Denken in das Proletariat gefunden hat.

An diesen Konflikt — welchen Umfang er immer annehmen möge — ist die ganze Tragödie der sozialdemokratischen Politik zu ermessen. War die Spaltung, die zur Gründung der SAP führte, die Trennung von denen, die mit einem eigenen revolutionären Programm die Politik der SPD loszulösen suchten von der Kettung an den bürgerlichen Staat, so würde die Trennung von Hörsing bedeuten

eine Spaltung aus Mangel an jedem Programm.

Gewiß ist Hörsings „Idee" utopisch, reaktionär, faschistisch. Aber sie ist die einzige Idee, die in der Konsequenz der kleinbürgerlichen, an die kapitalistische Welt sich kettenden sozialdemokratischen Politik in dieser vernichtenden Krise des Kapitalismus überhaupt möglich ist. Die Praxis dieser Politik läßt nur die Wahl zwischen völliger Ideenlosigkeit oder immer neuem Gebären der faschistischen Idee in immer neuer Form. Die Hilflosigkeit der Sozialdemokratischen Partei gegenüber der kapitalistischen Krise schafft den faschistischen Monomanen im Stile Hörsings immer neuen Boden. Dem entgegenzuwirken, indem sie die Massen der sozialdemokratischen Arbeiter hinüberreißt zur proletarischen Idee, zum revolutionären Kampf um die Beseitigung des kapitalistischen Systems — das ist die Aufgabe, die mit dem Hörsing-Konflikt den Genossen der Sozialistischen Arbeiter-Partei erneut mit doppelter Eindringlichkeit gestellt ist!

Die Wahrheit über die ungarische Putschaffaire

Zusammenspiel von Regierung und Terroristen

Der Innenminister beteiligt / Ein großer Dreckhaufen

Unmittelbar nach den ersten Verhaftungen in der ungarischen Putschaffäre kamen auch die Beruhigungspillen des **Innenministers**. Es war alles „gar nicht so schlimm". Und die deutschen Nachrichtenbüros unterstützten natürlich den „befreundeten" Würdenträger. Sie fühlten sich ganz als offiziöse Stellen der ungarischen Regierung. Fleisch von ihrem Fleisch. Kein Wunder, daß sie auch jetzt nichts zu berichten wissen über die sehr stürmische Sitzung im ungarischen Abgeordnetenhaus am Montag, wo verschiedene sozialdemokratische Redner das

Zusammenspiel von Regierung und Putschisten

aufdeckten.

Dabei kam heraus, daß

der Minister des Innern selbst Mitglied einer Geheimorganisation

ist, daß unter den „unbekannten", „gänzlich einflußlosen" Putschisten hohe Staatsbeamte sich befinden, darunter ein leibhaftiger Divisionsgeneral, und ein Funktionär der Kabinettskanzlei. Was geschieht mit ihnen? Ein sozialdemokratischer Zwischenrufer gibt die Antwort: „Man wird sie zu Generalen ernennen."

Damit bliebe man der Tradition treu. Der eine der sozialdemokratischen Redner erinnert sehr zeitgemäß daran, daß bei der Frankenfälscheraffäre der damalige Innenminister sich wenige Tage nach der Untersuchung mit den Tätern an einen Tisch gesetzt hat, um über die Möglichkeit ihrer Entlassung mit ihnen zu beraten. Die Fälscher bekleiden heute hohe staatliche Posten, und ein 32facher Mörder (gemeint ist Hejjas) ist in die gesetzgebende Körperschaft aufgenommen worden!

Auch das weiß man, was die Herrschaften vorhaben. In einer Sitzung der Geheimorganisation, der er angehört, hat, wie ein sozialdemokratischer Ankläger ausführte, der Innenminister erklärt: Er warte nur den Zeitpunkt ab,

um die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften aufzulösen.

Derselbe Innenminister habe ferner erklärt, daß im Februar in Deutschland Hitler und Starhemberg in Österreich die Macht an sich reißen würden. **Dann werde in Ungarn Honvedminister Gömbös die Ministerpräsidentschaft übernehmen, der seine Macht auf die italienische und türkische Freundschaft basieren werde.**

In dieser Sitzung sei auch gesagt worden, daß es die erste Pflicht der neuen Regierung sein werde, das jüdische Kapital zugrunde zu richten und nur diejenigen Bankiers im Lande zu belassen, die gewillt sein werden, ihr Vermögen rassenschützlerischen Zwecken zuzuwenden. **Wenn man das Programm der Putschisten mit diesen Zielsetzungen vergleicht, müsse man zu der Ueberzeugung kommen, daß sie einander fast aufs Haar gleichen.**

Wie wir schon ohne Kenntnis dieser Tatsache aus dem Zusammenhang und aus der Erfahrung der Vergangenheit feststellten: Hier ist ein großer Dreckhaufen, gemischt aus Abenteurern, Verbrechern und diktaturlüsternen „Staatsmännern" übelster Sorte. „Sie haben keine moralische Existenzberechtigung, meine Herren", das war der Ausruf eines der sozialdemokratischen Redner, der Tumulte auslöste. Sie haben wirklich keine moralische Existenzberechtigung! Und die Zeit scheint nicht mehr fern, da sie zum Teufel gejagt werden.

Von der Kirche formuliert

Verhandlungsgrundlage zwischen NSDAP und Zentrum

Berlin, 1. Dezember.

Der politische Beauftragte der in München residierenden Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei in Berlin und Bevollmächtigte bei der Reichsregierung, Herr Göring, hat erklärt, daß bei den Koalitionsverhandlungen das Zentrum anmaßende Forderungen aufgestellt habe; nicht dieses, sondern die NSDAP habe zu fordern. Danach hat der nationalsozialistische frühere thüringische Minister Herr Frick in Stuttgart gesagt, das Zentrum stelle so erhebliche und anmaßende Forderungen, daß man gar nicht darüber sprechen könne. Wenn sich jemand ändern müsse, dann sei es nicht die NSDAP, sondern das Zentrum.

Diese beiden Reden zeigen, daß im Augenblick nach den hessischen Wahlen sofort neue Koalitionsverhandlungen zwischen den beiden Parteien in Gang gesetzt wurden.

Infolgedessen ist es erforderlich, die Verhandlungsgrundlage zu kennen.

Die allgemeinen Bedingungen, die das Zentrum stellt, sind weltanschaulicher, nicht politischer Art. Sie sind formuliert worden nicht vom Zentrum, sondern im Auftrage der römisch-katholischen Kirche von dem Mitgliede der Gesellschaft Jesu (Jesuiten) Herrn Nötges von der Niederlassung in Valkenburg in Holland, in einer Denkschrift über „Nationalsozialismus und Katholizismus" vom März 1931, mit dem ausdrücklichen Zwecke, „den verantwortlichen Leitern der NSDAP die Wege zu weisen, wie sie Programm, Schrifttum und Bewegung der Partei grundlegend umzugestalten haben, sofern sie dieselbe mit dem Katholizismus in Einklang bringen wollen". Sie fordern unter anderm:

Hitlers Buch „Mein Kampf" müsse gründlich umgearbeitet werden. Es sei in Einklang **zu bringen mit der katholischen Glaubens-, Sitten- und Gnadenlehre, und zwar im Einvernehmen mit den Bischöfen.**

Natürlich müsse auch das Programm der NSDAP in den Punkten abgeändert werden, die bisher eine Ausdeutung im heidnisch-völkischen Sinne gestatteten. Die beiden Programmerklärungen von Feder und Rosenberg seien vollkommen zu verwerfen. Es müsse Klarheit darüber geschaffen werden, daß bei allen Konflikten zwischen Partei und Kirche auf weltanschaulichem und kulturellem Gebiet die letzte Entscheidung der Kirche zustehe.

Aus der nationalsozialistischen Literatur und Presse müßten alle Schriften und Artikel ausgeschaltet werden, die katholischem Geist auch nur im geringsten widersprächen. Maßgebend für deren Beurteilung müßten die bischöflichen Ordinariate sein.

Das Erziehungsprogramm der NSDAP insbesondere müsse in allen Punkten mit der Erziehungs-Enzyklika Pius XI. in Einklang gebracht werden.

Schließlich sollen aus der so gereinigten Partei noch alle Führer entfernt werden, die wie Alfred Rosenberg, der Chefredakteur der „Völkischen Beobachter" positives Christentum mit völkischem Heidentum verwechseln; die Agitation der Hitlerpartei sei mit den Grundsätzen des Naturgesetzes und der christlichen Ethik (also mit Ausschluß von Lüge, Verleumdung, roher Gewalt) in Uebereinstimmung zu bringen, und ferner wird die allgemeine Ueberordnung des Sittengesetzes über jede Form von Materialismus, also auch die „Vergötterung des Blutes" gefordert und die ehrfurchtsvolle Anerkennung der kirchlichen Autorität.

Dr. Best vorläufig kaltgestellt

München, 1. Dezember 1931.

Der Untersuchungsausschuß und Schlichtungsausschuß der Reichsleitung der NSDAP hat angeordnet, daß die Parteigenossen Dr. Best, von Davidson, Stavinoga und Wassung bis zum Abschluß der Untersuchung durch den Oberreichsanwalt von jeder parteiamtlichen Tätigkeit zu entbinden sind. Seine weitere Stellungnahme in dieser Angelegenheit behält sich der Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß der Reichsleitung bis nach der Entscheidung des Oberreichsanwalts vor. —

Es bleibt natürlich sehr bezeichnend, daß die Reichsleitung nicht klipp und klar erklärt, daß sie von dem Inhalt des Hessen-Dokumentes und seinen Verfassern abrückt. Macht man in München sein Verhalten vom Oberreichsanwalt abhängig, dann bedeutet das, daß man gegen den Inhalt sachlich nichts einzuwenden hat und nur aus taktischen Gründen eventuell „abrückt".

Im übrigen sagt uns das nichts Neues. Wir wissen, daß die Nationalsozialisten aller Richtungen eine grausige Blutherrschaft ausüben werden, wenn sie nur können. Ob sie es können oder nicht, das hängt wesentlich von dem Widerstandswillen der Arbeiterklasse ab. Ihn zu wecken, zu organisieren und zu führen — das ist die Aufgabe, der die Sozialistische Arbeiterpartei mit jedem Tage intensiver ihre dauernd wachsende Kraft widmet.

Sich versammeln ist verboten

Gladbach-Rheydt, 2. Dezember.

Eine geheime Sitzung der Kommunistischen Partei, an der 43 Funktionäre teilnahmen, wurde heute von der Polizei überraschend kontrolliert. Die Durchsuchung nach Waffen blieb ergebnislos, doch wurden verschiedene Druckschriften strafbaren Inhalts vorgefunden.

Bis 15. Dezember Eintragungsfrist in Sachsen

Dresden, 2. Dezember.

In Sachsen läuft ab Mittwoch bis einschließlich 15. Dezember die Eintragungsfrist für das von den Kommunisten beantragte und von der Sozialistischen Arbeiterpartei unterstützte Volksbegehren auf Auflösung des sächsischen Landtags. Nationalsozialisten, Deutschnationale und Landvolk haben ihre Anhänger zur Beteiligung aufgefordert. Die Gegner des Volksbegehrens sind Sozialdemokratie, Staatspartei, Deutsche Volkspartei und einige kleinere Parteien, während sich die Wirtschaftspartei abwartend verhält. Der Erfolg des Volksbegehrens steht — wie die Telegraphen-Union feststellt — außer Zweifel. Die Eintragung wird vorteilhaft sobald wie möglich vollzogen.

458,5 km Stundengeschwindigkeit

mit einem Landflugzeug

New York, 2. Dez.

Der amerikanische Flieger Lowell Bayles stellte in Detroit mit 458,5 km Stundengeschwindigkeit eine neue Schnelligkeitshöchstleistung für Landflugzeuge auf.

Auflösung des oldenburgischen Landtages?

Oldenburg, 2. Dezember.

Die Nationalsozialisten hatten bei Abschluß der Herbsttagung des oldenburgischen Landtages angekündigt, daß sie einen Volksantrag auf Auflösung des Landtages betreiben würden. Deutschnationale und Stahlhelm haben bereits die Unterstützung eines solchen Verfahrens zugesagt. Wie jetzt bekannt wird, haben die Kommunisten ebenfalls einen Volksantrag auf Auflösung des Landtags vorbereitet und entsprechende Schritte bereits unternommen. Wahrscheinlich werden die kommunistischen Listen zur Eintragung bis Mitte Dezember in den Gemeinden zur Auslegung kommen. Ob nun die Nationalsozialisten oder die Rechtsparteien gemeinsam von sich aus selbst noch ein Volksantragsverfahren einleiten, was theoretisch möglich wäre, oder ob sie sich, was unwahrscheinlich ist, an den kommunistischen Volksantrag beteiligen werden, steht noch dahin.

Ein nationalsozialistisches Magistratsmitglied bestätigt

Meseritz, 1. Dezember.

Von der Regierung in Schneidemühl ist der an Stelle des aus dem Magistrat ausgeschiedenen Ratsherrn Konrektor i. R. Schölzchen neu in den Magistrat der Stadt Meseritz eintretende Kulturbaumeister Schöler als Ratsherr bestätigt worden. Der neue Ratsherr ist Mitglied der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei.

Unbeschränktes Frauenwahlrecht in Spanien

Madrid, 1. Dezember.

Die Cortes haben mit 131 gegen 127 Stimmen einen Gesetzentwurf auf Beschränkung des Stimmrechts der Frauen abgelehnt.

Zu teuer bezahlt

London, 1. Dezember.

Die Zahl der Arbeitslosen in Großbritannien betrug am 23. November 2 615 115, d. h. 88 814 weniger als Ende der vorhergehenden Woche.

*

Es handelt sich, wie wir schon gestern ausführten, hier um einen vorübergehenden Aufschwung, der mit Lohnsenkung und Preiserhöhung, mit sozialreaktionärem Kurs im allgemeinen sehr teuer bezahlt werden muß. Eine Spritze, die einem schon Herzkranken verabfolgt wird. Er wird davon nie gesund werden.

Bankzusammenbruch in Frankreich

Reims, 2. Dezember.

Die hiesige Landwirtschaftsbank hat bankrott gemacht. Die Passiven belaufen sich auf 5½ Millionen Franken.

Der beliebte Faschismus. Gegen den Botschaftsrat der italienischen Botschaft, Pepo, ist heute ein Anschlag verübt worden. Der Täter, ein Antifaschist, hat in das Automobil des Botschaftsrats einen Stein geworfen, durch den der Botschaftsrat zwar getroffen, aber nicht verletzt wurde. Der Täter konnte verhaftet werden.

Beilage zur SAZ

1. Jahrgang Nr. 27
Donnerstag, 3. Dezember 1931

Die deutsche Novemberrevolution

Von Georg Ledebour

17. Fortsetzung und Schluß.

Ein Schlußwort (II)

Zur Erläuterung der spartakistischen Taktik im letzten Kriegsjahr muß ich auf den großen Massenstreik im Jahre 1918 zurückkommen. Wir hatten uns mit den Führern der Metallarbeiter natürlich dahin verständigt, daß der von der Reichtagsfraktion der USP unterzeichnete Aufruf nicht eher als unmittelbar vor dem Streikbeginn am Montag, dem 28. Januar, veröffentlicht werden dürfte, um den Streik nicht zu gefährden. Hören wir nun, was einer der leitenden Metallarbeiter, der Genosse Emil Barth, über den weiteren Verlauf der Dinge später geschrieben hat:

„Mittwoch hatte nun eine Vorbesprechung stattgefunden, an der auch ein Spartakist teilgenommen hatte, und schon am Freitag wurde von den Spartakisten ein Flugblatt mit der Aufforderung zum Generalstreik am Montag verteilt.

Das war frevelhafte, an Verrat grenzende Leichtfertigkeit, die von dem Bestreben diktiert war, sich die Urheberschaft zuschreiben zu können.

Hätte das Oberkommando, hierdurch gewarnt, den verschärften Belagerungszustand verhängt, die Betriebe militarisiert, Standgerichte errichtet, dann wäre die Bewegung erledigt gewesen. Doch glücklicherweise kam dies nicht."

Dieses Bemühen der Spartakisten, den Dingen einen solchen Dreh zu geben, daß sie sich als die alleinigen Urheber einer Aktion ausgeben konnten, war charakteristisch für sie. Eine Parallele zu jenem Streich war das Verfahren der Spartakisten am 2. November, als sie durch einen Appell an unser Mitgefühl mit dem abwesenden Karl Liebknecht erreicht hatten, daß wir auf die namentliche Unterzeichnung der Aufforderung zum Endkampf verzichteten, worauf dann der vereinbarte Aufruf, bloß mit den Namen Karl Liebknecht und Ernst Meyer unterzeichnet, erschien. Auf diesen „Meisterstreich" hin sind wir von der damaligen USP ja vor kurzem noch in der „Roten Fahne" des Mangels an Mut bezichtigt worden. So wie die Spartakisten in jener Zeit wiederholt gehandelt haben, verfährt nur jemand, dem sein persönliches oder sein Cliqueninteresse dem großen Gesamtinteresse vorangeht.

Für die Hintertreibung des Losschlagens am 4. November gibt es in der Geschichte der Bolschewiki eine gewisse Parallele. In der entscheidenden Sitzung der Bolschewiki-Partei im November 1917, in der der revolutionäre Kampf gegen die Kerenski-Regierung beschlossen wurde, hatte Sinowjew dagegen opponiert. Er wurde sofort auf Antrag von Lenin aus der Parteileitung wegen Unzuverlässigkeit ausgeschlossen und ist erst später nach erfolgtem Sieg wieder aufgenommen worden. Was aber hätte Lenin mit Bolschewiki-Genossen gemacht, die zunächst in einer Vorbesprechung dem Losschlagen zugestimmt hätten, dann aber mit einigen, wenige Tage vorher in Petersburg eingetroffenen ausländischen Genossen beraten hätten, ob sie dem morgens gefaßten Beschuß folgen sollten, und dann auf Grund dieser Besprechung, ohne sie zu erwähnen, abends durch einen Gegenantrag den Antrag auf Losschlagen zu Fall gebracht hätten? Was, frage ich, hätte Lenin wohl mit solchen Genossen gemacht?

Ich warte auch immer noch auf eine Erklärung darüber, was die Spartakisten bewogen hat, mich am 3. November zur Führung einer Lemonstration anzutreiben, um mich dann, mitsamt meiner Frau, bei dem Zusammenstoß mit der Polizei kaltblütig im Stich zu lassen.

Die Genossen werden es aber begreiflich finden, daß ich es satt habe, mich und meine damaligen revolutionären Mitkämpfer in der „Roten Fahne" und in der „Arbeiterpolitik" auch jetzt wieder als „wankelmütige Zentristen" im Gegensatz zu den angeblich allein wahrhaft revolutionären Spartakisten fortgesetzt beschimpfen zu lassen.

Da diese Beschimpfungen jetzt wieder aufgewärmt werden, um damit die SAP als angebliche Nachfolgerin der USP der Kriegs- und Revolutionszeit zu diskreditieren, — hier noch einige Worte über den Werdegang der USP! Auch die USP war keineswegs, wie übrigens keine Partei, ein Gebilde aus einem Guß. Anfangs überwogen in ihr die Elemente, die glaubten, sich auf eine parlamentarische Opposition beschränken zu können. Sehr bald aber setzte sich bei der Mehrheit die Erkenntnis durch, daß ein revolutionärer Kampf zum Sturz der Regierung und zur Umwandlung der kapitalistischen Ordnung in eine sozialistische unbedingt erforderlich sei. Für diesen Endkampf konnten wir uns stützen auf die Massen des klassenbewußten Proletariats in seiner Mehrzahl, wenigstens in Berlin. Die Spartakisten waren, im letzten Kriegsjahr wenigstens, nur noch unsere Mitläufer. Aus eigensüchtigen Cliquen-Interessen haben sie in entscheidenden Augenblicken, wie ich nachgewiesen habe, sogar hemmend und das rechtzeitige Losschlagen hintertreibend gewirkt.

Die Spartakisten verstanden es allerdings ausgezeichnet, durch ihre Schriften den Glauben zu erwecken, daß die revolutionäre Arbeiterschaft hinter ihnen stände. Uns war es damals schon wohlbekannt, daß ihre Anhängerschaft nur klein war. Ich war aber doch sehr überrascht, als ich vor einiger Zeit in den Erinnerungen des bolschewistischen Genossen Radek las, daß nach seiner Ankunft in Berlin im Dezember 1918 ihm Jogisches gestanden habe, in Berlin seien im Spartakusbund nur etwa 50 Personen organisiert gewesen. Das schließt natürlich nicht aus, daß für Aktionen irgendwelcher Art die 50 organisierten Spartakisten auf vielleicht hundertmal soviel Mitläufer rechnen konnten.

Auch die Januar-Erhebung wird fälschlich ein „Spartakisten-Aufstand" genannt. Wir arbeiteten damals, wie ich dargelegt habe, durchaus Hand in Hand mit den Spartakisten, die sich schon Kommunisten nannten. Aber die überwiegende Mehrheit der Kämpfer stand doch auf unserer Seite.

Die Niederwerfung der Januar-Erhebung bewirkte natürlich auch eine Zurückwerfung der USP und innerhalb der USP eine Eindämmung des revolutionären Einflusses. Die weiteren Ereignisse führten indes bald einen neuen Aufschwung unserer Bewegung und innerhalb der Partei eine Verstärkung des revolutionären Einflusses herbei. Die Reichstagswahlen von 1920 brachten uns nahezu 5 Millionen Stimmen und 81 Mandate, mehr also, als die Kommunistische Partei zehn Jahre später, am 14. September 1930, gewinnen konnte. Hätte sich die Mehrheit der USP nicht ein Jahr darauf durch Sinowjew auf dem Parteitag in Halle verleiten lassen, zur KPD hinüberzuwechseln, so wäre die starke USP zur ausschlaggebenden revolutionär-sozialistischen Partei in Deutschland emporgewachsen. Jener Uebertritt in Halle hatte zur Folge, daß nunmehr die Reformisten in der USP die Oberhand bekamen und dann zwei Jahre später den Uebertritt der großen Mehrheit zur SPD bewirkten. Was als USP übrig blieb, verfiel bald der Bedeutungslosigkeit.

Die weitere Entwicklung hat bewiesen: Bei uns ist die Wiedererstehung einer starken revolutionär-sozialistischen Partei eine Lebensnotwendigkeit für den Emanzipationskampf des Proletariats. Wirkt die SAP deshalb im Geiste der revolutionären USP des letzten Kriegsjahres und der Revolutionszeit, so braucht sie sich dieser Geistesgemeinschaft wahrlich nicht zu schämen. Da sie eine große, für den Sieg des Sozialismus über den Kapitalismus entscheidende Aufgabe zu erfüllen hat, ist ihr dann auch der Sieg gewiß.

(Schluß.)

Die Kirche — das Bollwerk der Sozialreaktion

Kreuz und Paragraph

Zwei Kundgebungen der evangelisch-lutherischen Landeskirche zu § 218 fanden in Berlin im Ausstellungspalast und im Vereinshaus statt. Nachdem Amtsgerichtspräsident Dr. Neumann das Thema vom juristischen Standpunkt aus „beleuchtet" hatte, kam noch Frau Dompredigerin von Kirchbach-Dresden „als Frau und Mutter" zu Wort. Die Versammlungen nahmen folgende Entschließung an:

„1. Jedes Kind im Mutterleibe ist der Träger einer Seele, die für die Ewigkeit bestimmt ist, und hat deshalb Recht auf den Schutz seines Lebens.

2. Keine noch so große zeitbegrenzte Not kann dieses der Schöpfung selbst innewohnende Gesetz umstoßen. Eine Versündigung gegen die Natur rächt sich immer.

3. Eine Preisgabe dieses Rechtes auf den Schutz des Lebens im Gesetzbuch wird das Gefühl für die Unantastbarkeit des Lebens im Volksbewußtsein weithin völlig erschüttern, die Frau dem Drängen des Mannes, der sich den Folgen seiner Tat entziehen will, schutzlos preisgeben und sie unabsehbaren seelischen und gesundheitlichen Schädigungen aussetzen.

4. Wir fordern darum vom Staate — bei aller Würdigung der gegen § 218 vorgebrachten Gründe — wirksamen gesetzlichen Schutz — ohne Ansehen der Person — für das werdende Leben, tatkräftige Hilfe für Schwangere, Wöchnerinnen und Kinderreiche, Raum für gesunde Kinderaufzucht.

5. Wir nehmen auf uns persönlich die Verantwortung, für werdendes Leben unter Opfer eigener Bequemlichkeit zu sorgen, wo nur immer im Umkreis unseres eigenen Daseins die Möglichkeit dazu vorhanden ist. Alle, die mit Ernst Christen sein wollen, rufen wir zum Glauben auf, aus dem allein eine neue Gesinnung gegenüber dem Kinde hervorgehen kann."

*

„Wir fordern darum vom Staate wirksamen gesetzlichen Schutz für das werdende Leben, tatkräftige Hilfe für Schwangere, Wöchnerinnen und Kinderreiche, Raum für gesunde Kinderaufzucht. . ."

Ach ja, Frau Dompredigerin von Kirchbach, das fordern wir auch schon lange.

Aber während Ihr Staat Kanonen baute, von Dompredigern aller Rangstufen eingeweiht, während Ihr Staat Panzerschiffe vom Stapel ließ — unter dem Glockengeläut aller „wahrhaften" Christen —, während Millionen und aber Millionen verschwendet werden für die Vorbereitungen, die jungen „Träger einer Seele, die für die Ewigkeit bestimmt ist", auf den Schlachtfeldern zu zerreißen, — während alledem hat Ihr Staat auf alle die Forderungen nach Hilfe für die verkümmerten Proletenkinder keine Antwort gehabt.

Forderungen sind billig, Frau von Kirchbach.

Dieser Staat hat schon die Schreie von Millionen ungehört verklingen lassen, — er wird auch das Stimmchen einer Frau Dompredigerin nicht wesentlich ernster nehmen.

Kanonen sind wichtig, Kinder sind wichtig, Kanonen muß man bezahlen, Kinder wachsen umsonst — wie sie wachsen, ist sehr nebensächlich, Hauptsache ist, daß sie wachsen und da sind, wenn man sie als Objekte für die Kanonen braucht. Und der Staat bemerkt mit Zufriedenheit die Argumente der Frau Dompredigerin gegen die Beseitigung jenes Paragraphen, der die proletarischen Mütter zwingt, billige Kinder zu produzieren, auch wenn sie selbst der grimmigste Hunger foltert.

*

Tausende von Frauen hungern, Tausende sterben um der Kinder willen, die sie nicht füttern können, — sie finden es in Ordnung, die Frau Dompredigerin und die Ihren. Man stellt eine Forderung an den Staat und erklärt emphatisch:

„Wir nehmen auf uns persönlich die Verantwortung, für werdendes Leben unter Opfer eigener Bequemlichkeit zu sorgen."

Sie nehmen die Verantwortung auf sich, Sie . . .? Ein Hohngelächter von Zehntausenden steigt aus den Hinterhäusern. Millionen zum sinnlosen Leben Verurteilter fluchen einem Paragraphen und seinen Verantwortlichen. . .

Millionen frieren . . .

Trotzdem: für Kohlen „kein Absatz!"

London, 1. Dezember.

Die Förderung der Kohlenbergwerke von Südwales ist in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres gegenüber dem Vorjahre um vier Millionen und gegenüber 1929 um sechs Millionen Tonnen zurückgeblieben. Als Ursache dieses schweren Rückganges wird in erster Linie die Abnahme der ausländischen Nachfrage angeführt.

Die Sowjetunion sucht Ingenieure

Moskau, 2. Dezember.

Wie das Wirtschaftsblatt „Sa Industrialisaziju" mitteilt, hat die Verwaltung der Werke zur Herstellung von Qualitätsstahl erklärt, daß 1932 Hunderte von Ingenieuren erforderlich sein würden, um das Produktionsprogramm durchzuführen. Die Stahlwerke hätten bereits 330 deutsche Ingenieure und Techniker aufgefordert, nach Sowjetrußland zu kommen, um dort zu den gleichen Bedingungen wie die Sowjetingenieure zu arbeiten. Auch in den Kupferbergwerken könnten deutsche Ingenieure Verwendung finden.

Nazi-Schacht verunglückt

TU. **Schwerin**, 2. Dezember.

Mittwoch vormittag gegen 10 Uhr verunglückte der Reichsbankpräsident a. D. Dr. Schacht in der Nähe von Waren beim Orte Klink. Auf der glatten Landstraße überschlug sich der Wagen. Dr. Schacht erlitt schwere Verwundungen durch Glassplitter sowie anscheinend auch innere Verletzungen. Er mußte ins Warener Krankenhaus übergeführt werden. Der Wagen ist schwer beschädigt. Die beiden übrigen Insassen, der Sohn Dr. Schachts sowie der Lenker, blieben unverletzt.

Ein Riesenvermögen verplempert

Selbstmord eines Kapitalisten.

Berlin, 2. Dezember.

Wie jetzt erst bekannt wird, hat sich in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag der frühere Direktor der bekannten Textilfirma Gebrüder Simon, Arthur Ury, in seiner Wohnung in Dahlem, Griegstraße 40/42, mit einem veronalähnlichen Schlafmittel vergiftet. Ury, der im 50. Lebensjahre stand und ein Neffe des bekannten, kürzlich verstorbenen Malers Lesser Ury war, hat in hinterlassenen Briefen als Grund für seinen Verzweiflungsschritt finanzielle Schwierigkeiten angegeben. Wie wir hören, hatte er sein gesamtes Vermögen — er hatte seinerzeit bei seinem Ausscheiden bei Gebrüder Simon fast eine halbe Million ausgezahlt erhalten — durch Fehlspekulationen verloren.

*

Noch einer.

Berlin, 2. Dezember.

Der Tod des Geschäftsinhabers der Darmstädter und Nationalbank, Geheimrat Dr. Karl Beheim-Schwarzbach, der am 23. November, wie man bisher annahm, an einem Herzschlag gestorben war, hat sich jetzt einwandfrei als Selbstmord herausgestellt. Angeblich sollen hier „irgendwelche Anlässe familiärer oder geschäftlicher Art nicht vorgelegen haben".

Bankpleiten ohne Ende

Paris, 2. Dezember.

Der Direktor des Comptoir Financier et Commercial du Sud-Est, einer Bank in Lyon, ist wegen Vertrauensmißbrauchs verhaftet worden. Die Bank wurde für bankerott erklärt. Die Passiven sollen sich auf rund eine halbe Million Francs belaufen.

Der Nebel auf der Unterelbe

Hamburg, 2. Dezember.

Nachdem der Nebel auf der Unterelbe, der seit der Nacht zum Dienstag fast jeden Schiffsverkehr unmöglich gemacht hatte, am Nachmittag für kurze Zeit gewichen war, konnten die vor Anker gegangenen Schiffe ihre Fahrt fortsetzen. Der vor Schulau auf Grund geratene Bremer Dampfer „Justin" wurde aus eigener Kraft wieder flott. Aber bereits in den späten Nachmittagsstunden verdichtete sich der Nebel wieder und brachte den Schiffsverkehr erneut zum Stocken. Der Dampfer „Hertha Engeline Fritzen" lief bei Wittenberge auf Grund wurde allerdings am Mittwoch morgen wieder flott. Seit Dienstag abend sind keine Schiffe mehr von See im Hamburger Hafen eingetroffen. Der ausgehende Verkehr ist über Nacht völlig eingestellt worden. Auch am Mittwoch vormittag hielt das unsichtige Wetter noch an. Zahlreiche Schiffe aller Flaggen liegen auf der Unterelbe vor Anker.

Strenger Winter in Oesterreich

Wien, 2. Dezember.

Die plötzlich eingetretene kalte Witterung hat in verschiedenen Gegenden Oesterreichs empfindliche Störungen verursacht. In Untersteiermark wütet seit Sonntag ein starker Schneesturm, der größeren Schaden angerichtet hat. Starkstrom- und Telephonleitungen sind an vielen Stellen gerissen. Infolgedessen waren auch viele Orte ohne Starkstrom, wodurch eine Reihe industrieller Betriebe zum Stillstand gezwungen war. In Judenburg fiel ein starker Eisregen, der die Straßen unpassierbar machte. Infolgedessen mußten die Autobusgesellschaften den Verkehr von Graz nach Judenburg einstellen.

Der Wirtschaftskrieg

Deutschland mobilisiert / Kriegsermächtigung durch Notverordnung

Die Notverordnung

Auf Grund von Artikel 48 Absatz 3 der Reichsverfassung wird folgendes verordnet:

Artikel 1

1. Die Reichsregierung wird bis zum Wiederzusammentritt des Reichstags ermächtigt, im Fall eines dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses

I. die Eingangszölle abweichend von den geltenden Vorschriften zu ändern,

II. die vorläufige Anwendung zweiseitiger Wirtschaftsabkommen mit ausländischen Staaten zu verordnen.

2. Verordnungen, die auf Grund des Absatzes 1 Nummer I ergehen, sind dem Reichsrat vorzulegen und auf sein Verlangen aufzuheben. Verordnungen, die auf Grund des Absatzes 1 Nummer II ergehen, sind dem Reichstag vorzulegen und auf sein Verlangen aufzuheben.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag der Verkündigung in Kraft.

Berlin, den 1. Dezember 1931. (Unterschriften.)

Das Bedeutsame dieser Notverordnung ist nicht die formelle Ausschaltung des Reichstages bei der Festsetzung der Zölle und beim Abschluß von Handelsverträgen. Wichtig ist nur, daß die Reichsregierung offen den Krieg erklärt und sich für ihre taktischen Operationen freien Raum schafft. Die Abwehr des Valutadumpings und der Zollerhöhungen durch die Erklärung des Zollkrieges kann natürlich nur zu einer Verscharfung des Kriegszustandes und damit der Weltkrise beitragen. Die Arbeiterschaft wird diese Entwicklung aber nicht nur unter diesem Gesichtspunkt mit brennendem Interesse verfolgen. Die Gefahr besteht vielmehr, daß dieser Wirtschaftskrieg an irgendeiner Stelle in den Krieg mit militärischen Waffen umschlägt und den ostasiatischen oder irgendeinen anderen Brandherd zu einem neuen Weltfeuer entfacht.

Eine Milliarde Franken Verlust des französischen Handels durch die englischen Schutzzoll-Maßnahmen.

Paris, 2. Dezember.

Der „Excelsior" stellt am Mittwoch fest, daß die englischen Zollmaßnahmen den Warenaustausch aufs schwerste bedrohten und die französische Ausfuhr nach England um etwa 20 Prozent verminderten. Die französischen Sachverständigen berechneten die Schädigung der Handelsbilanz auf etwa eine Milliarde Franken. Davon entfielen auf Industrieerzeugnisse rund 800 Millionen, der Rest auf die landwirtschaftliche Ausfuhr. Die Londoner Verhandlungen würden zweifellos sehr schwierig sein. Man müsse wenigstens versuchen, zu erreichen, daß die englischen Schutzzoll-Maßnahmen nur vorübergehend aufrechterhalten blieben.

„Times" zu der deutschen Zoll-Notverordnung

Zu der Verordnung des Reichspräsidenten, die der Reichsregierung die Möglichkeit zu Abänderungen der Zolltarife gibt, bemerkt die „Times", etwaige deutsche Wiedervergeltungsmaßnahmen gegen die englische Zollpolitik würden Deutschland mehr als England treffen, da England zweimal so viel von Deutschland kaufe, als es nach Deutschland verkaufe. Zur Zeit könne man die Rückwirkungen der englischen Zölle auf die deutsche Ausfuhr noch nicht mit Sicherheit beurteilen. Sie würden sich aber voraussichtlich gegen Deutschland wenden.

Der Klassenkampf der Unternehmer

Tarifkündigungen im Steinkohlenbergbau

Die Lohnabkommen für das Waldenburger und Neuroder Revier sind vom Grubenverband zum 31. Dezember gekündigt worden.

*

Der Arbeitgeberverband der oberschlesischen Montanindustrie hat mit Rücksicht auf die Ungewißheit der Entwicklung des Kohlenmarktes die Lohntarife für den Steinkohlenbergbau zum 31. Dezember vorsorglich gekündigt. Da die Bergarbeiterverbände das Mehrarbeitsabkommen für den Steinkohlen- und Erzbergbau für Ende des Jahres gekündigt hatten, hat der Arbeitgeberverband auch die Manteltarifverträge zum gleichen Zeitpunkt gekündigt.

Kündigung der Angestellten

Die Arbeitsgemeinschaft des bayerischen Einzelhandels e. V. hat mit Schreiben vom 27. November 1931 den bestehenden Manteltarifvertrag und den Gehaltstarif für die kaufmännischen Angestellten im Einzelhandel für Mittelfranken, Oberfranken und Oberpfalz gekündigt.

Lohnabkommen in der chemischen Industrie gekündigt

Der Arbeitgeber-Verband der Chemischen Industrie, Sektion VII, hat die Lohnsätze des Bezirks-Lohnabkommens des Freistaates Hessen-Nassau zum 31. Dezember 1931 gekündigt.

Neue Tarifkündigungen in der Krefelder Textilindustrie

Krefeld, 1. Dezember.

Der Arbeitgeberverband der rheinischen Seidenindustrie, Krefeld, hat den Rahmen- und besonderen Manteltarifvertrag für Arbeiter, den Gehaltstarifvertrag für Meister und den Gehaltstarif für kaufmännische Angestellte (zugleich für die Samtwebereien und für den Samt- und Seidengroßhandel) zum 31. Dezember 1931 gekündigt.

Vor der Notverordnung

Die Regierung „versichert" Aber wer glaubt daran?

Die Kabinettsberatungen. — Preissenkung muß der Gehalts- und Lohnsenkung vorausgehen.

TU. Berlin, 2. Dezember.

Die Kabinetts- und Ressortberatungen über die kommende Notverordnung werden auch am heutigen Mittwoch mit Nachdruck fortgesetzt. Das Kabinett läßt sich bei seinen Beratungen, wie an zuständiger Stelle versichert wird, immer von dem Grundgedanken leiten,

daß die Preissenkung der Gehalts- und Lohnsenkung unter allen Umständen vorauszugehen habe.

Die Notverordnung, die, wie man noch immer hofft, gegen Ende der Woche fertiggestellt sein soll, wird zwar sämtliche Fragengruppen enthalten, doch sollen diejenigen Punkte, die nicht unmittelbar mit der Preissenkung zusammenfallen, zeitlich später in Kraft treten. Entgegen anderslautenden Meldungen muß jedoch betont werden, daß das Kabinett irgendwelche Beschlüsse noch nicht gefaßt hat. Die verschiedenen Entwürfe, die der Notverordnung als Grundlage dienen sollen, sind von den einzelnen Ressorts fertiggestellt worden und werden nunmehr im Kabinett sorgfältig gegeneinander abgewogen.

Der Wochenausweis der Reichsbank

Berlin, 2. Dezember.

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 30. November 1931 hat sich in der Ultimowoche die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten um 437,4 Mill. auf 4314,2 Mill. Mark erhöht. Im einzelnen haben die Bestände an Handelswechseln und -schecks um 246,3 Mill. auf 3901,3 Mill. Mark, die Lombardbestände um 135,3 Mill. auf 254,3 Mill. Mark zugenommen. Die Bestände an Reichsschatzwechseln, die am Schluß der Vorwoche 30 000 Mark betragen hatten, werden mit 55,7 Mill. Mark ausgewiesen.

An Reichsbanknoten und Rentenbankscheinen zusammen sind 374,9 Mill. Mark in den Verkehr abgeflossen, und zwar hat sich der Umlauf an Reichsbanknoten um 363,4 Mill. auf 4640,6 Mill. Mark, derjenige an Rentenbankscheinen um 11,5 Mill. auf 420,1 Mill. Mark erhöht. Dementsprechend haben sich die Bestände der Reichsbank an Rentenbankscheinen auf 7,3 Mill. Mark vermindert. Die fremden Gelder zeigen mit 506,1 Mill. Mark eine Zunahme um 81,7 Mill. Mark.

Die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen haben sich um 0,9 Mill. auf 1175,2 Mill. Mark vermindert. Im einzelnen haben die Goldbestände um 3,6 Mill. auf 1004,9 Mill. Mark abgenommen, die Bestände an deckungsfähigen Devisen um 2,7 Mill. auf 170,3 Mill. Mark zugenommen.

Die Deckung der Noten durch Gold und deckungsfähige Devisen beträgt 25,3 Prozent gegen 27,5 Prozent in der Vorwoche.

Wenn auch der Ultimo eine wichtige Rolle spielt, zeigt doch dieser Wochenausweis, wie die Reichsbank immer ausgehöhlt wird und die Schrumpfung der Notendeckung anhält. Die nächste Woche wird wahrscheinlich diese Tendenz im verstärkten Maße zum Ausdruck bringen.

*

Warum Devisenschwund trotz aktiver Handelsbilanz?

Eine Unterredung mit dem Reichsbankpräsidenten

Reichsbankpräsident Dr. Luther gab dem Berliner Vertreter der „Associated Press" ein Interview. Er sagte dabei u. a.: Das sogenannte Stillhalteabkommen enthalte so viele Lücken, daß sich daraus die ungünstige Entwicklung des Gold- und Devisenbestandes der Reichsbank zum größten Teil erkläre. In der Zeit vom 1. September bis 15. November entfielen von 1,92 Milliarden Mark Devisenabgaben der Reichsbank nur 900 Millionen auf den Warenverkehr, dagegen 1,02 Milliarden auf den Kapitalverkehr. Von letzteren seien 720 Millionen Kreditrückzahlung. Ohne diese Kreditrückzahlungen hätte die Reichsbank statt eines Devisenverlustes von 510 Millionen einen Zugang von 210 Millionen ausweisen können. Wenn, was an sich ganz unmöglich sei, in der genannten Zeitspanne der Außenhandelsüberschuß in voller Höhe sich in Deviseneingang umgewandelt hätte, selbst dann hätten noch 100 Millionen gefehlt, um die Zahlungen aus dem Kapitalverkehr in Höhe von 1,02 Milliarden zu decken.

Kein noch so günstiger Deviseneingang könnte also auf die Dauer Kreditrückzahlungen im bisherigen Tempo ermöglichen.

Die Annahme, daß ein Außenhandelsüberschuß sich sofort in Devisenanfall verwandele, sei selbstverständlich ganz unzulässig, denn zwischen dem Grenzübertritt der Ware und dem Hereinkommen des Ausfuhrerlöses vergingen mehrere Monate. Deutschland sei dem Ziel einer vollen Devisenerfassung recht nahe gekommen. Die Lösung des Problems aber liege nicht hier. Vielmehr spiegele sich in den sehr hohen Kreditrückzahlungen, die die Ursache der dauernden Devisenverluste seien, die politische Gesamtentwicklung und die weltwirtschaftliche Lage, die noch immer, wenn auch jetzt im begrenzten Umfange, jenen Run der Gläubiger auf Deutschland sich fortsetzen läßt, der Anfang Juni begonnen habe. Eine Lösung, die wirklich helfe, zu finden, sollte um so eher möglich sein, als Deutschland seit vorigem Herbst annähernd 5 Milliarden Mark an das Ausland zurückgezahlt habe.

Gegen die Kapitalflucht

Ausbürgerung und Rückkehrverbot als Maßnahmen gegen Kapitalflucht — (Ein Vorschlag zur Aenderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes)

Man spricht so viel von dem brutalen Egoismus der Kapitalfluchtlinge, daß man darüber die berechtigten Erwägungen über die Mangelhaftigkeit der Gesetzgebung gegen die Kapitalflucht fast völlig vergißt. Alle Gesetze und Verordnungen, welche in dieser Beziehung herausgekommen sind, stehen im Zeichen einer falschen Sentimentalität, man will der großen Masse der notleidenden Bevölkerung Beruhigungspillen verabreichen und dies geschieht dann in Form von Vorschriften mit Strafbestimmungen, die sehr scharf klingen, in Wirklichkeit aber höchst unzweckmäßig sind, weil ja schon die alten Nürnberger niemanden hängten, den sie nicht erst einmal gefaßt hatten. Es gibt drei Arten von Kapitalflüchtlingen:

1. Personen, welche ihr Vermögen ins Ausland bringen, es nicht versteuern und ihren Wohnsitz im Inlande beibehalten,
2. Personen, welche mit ihrem Vermögen ins Ausland gehen und tatsächlich auch im Auslande bleiben,
3. Personen, welche ihr Vermögen ins Ausland verbringen, ihren Wohnsitz im Auslande nehmen, sich aber nichtsdestoweniger weiterhin als „Gäste" im Reichsgebiet aufhalten.

Nur bezüglich der ersten Kategorie kann man, um einen so oft falsch angewendeten Ausdruck zu gebrauchen, von „Schiebern" reden, handelt es sich doch hier um Leute, die in Deutschland steuerpflichtig sind, die sich aber durch unerlaubte Machenschaften ihrer Steuerpflicht entziehen, sei es, daß sie ihre im Auslande befindlichen Objekte den hiesigen Finanzämtern einfach verschweigen, sei es, daß sie diese Werte auf ausländische Gesellschaften, die sie eigens für ihre Zwecke gründen, übertragen und jede behördliche Kontrolle über deren tatsächlichen Wert unmöglich zu machen wissen. Der Wunsch nach internationaler Rechtshilfe, der gerade mit Rücksicht auf solche Mitbürger geäußert worden ist, wird sich in der Praxis nie verwirklichen lassen, denn es wäre ja auch eine etwas starke Zumutung, wenn man von ausländischen Behörden verlangen wollte, daß sie den deutschen Finanzämtern Handlangerdienste leisten oder gar ihre eigenen Bestimmungen über Bankgeheimnis usw. mit Rücksicht auf die anormalen Verhältnisse in Deutschland abändern sollten, zumal ja die Staaten, denen die deutschen Kapitalflüchtlinge das Geld ins Land bringen, von dieser uns recht unangenehmen Betätigung den wirtschaftlichen Vorteil der großen Geldflüssigkeit haben. Aber immerhin laufen diejenigen, die in Deutschland steuerpflichtig sind und sich gegen die Kapitalsfluchtverordnungen vergehen, doch ein gewisses Risiko, sie können sich irgendwie verraten oder durch einen Dritten verraten werden — solche Leute neigen von Natur aus auch sehr dazu, sich ihrer „Klugheit" zu rühmen — und sie haben dann allerdings schwere Strafen zu erwarten. Aber gerade deswegen ist diese Art der Kapitalflüchtlinge zahlenmäßig relativ gering.

Personen, die mit ihrem Vermögen auswandern und im Auslande bleiben (s. oben zu 2) oder nach erfolgter Ansiedlung im Auslande nun dauernd in Deutschland „Gastspiele" geben, ist nach den bestehenden Gesetzen nicht einmal ein Vorwurf zu machen, geschweige denn gar etwas anzuhaben, denn ein Deutscher, der nicht im Reiche seinen Wohnsitz hat, ist auch in Deutschland nicht steuerpflichtig, und wer nicht steuerpflichtig ist, der kann doch begrifflich überhaupt kein Steuerdelikt begehen. Diese Leute dürfen sich mit Fug und Recht ihrer Tüchtigkeit rühmen, denn sie nutzen ja nur eine Gesetzgebung aus, die ihnen alle Staatsbürgerrechte beläßt und sie aller Staatsbürgerpflichten entbindet.

Hier muß eingesetzt werden: Unser Staatsangehörigkeitsgesetz kennt wohl den Begriff des Unterganges der Staatsangehörigkeit durch Erwerb der Staatsangehörigkeit eines anderen Staates oder bei weiblichen Personen durch Verehelichung mit einem Angehörigen eines anderen Staates, was uns fehlt, das ist die Entziehung der deutschen Staatsangehörigkeit im Verwaltungswege im Falle ungerechtfertigter Auswanderung. Es müßte natürlich jeder Fall durch die Heimatsbehörden bzw. die deutschen Vertretungen im Auslande nachgeprüft werden, bevor derartige einschneidende Maßnahmen in Frage kämen, aber wo immer sich herausstellen würde, daß der tatsächliche Grund (der vorgeschützte müßte völlig unmaßgeblich sein) der Auswanderung Kapitalflucht wäre, da müßte eben rücksichtslos vorgegangen werden, da ja das Reich an der papiernen Zugehörigkeit solcher Auslandsdeutscher keinerlei Interesse hätte. Nach festgestellter Kapitalflucht als Hauptmotiv der Auswanderung müßte ein befristeter Rückkehrbefehl erlassen werden, dem nach Fristablauf die Ausbürgerung mit gleichzeitigem Rückkehrverbot folgen müßte. Eine Uebertretung des Rückkehrverbotes müßte schwere Bestrafung nach sich ziehen, eine zeitweilige Aufhebung des Verbotes, die in Fällen schwerer Erkrankung von Angehörigen evtl. in Frage kommen könnte, müßte an die Erlegung von ganz besonders hohen Gebühren geknüpft sein, die nicht etwa auf Basis einer Paßgebühr, sondern auf Basis einer Steuerstrafe zu berechnen wären. Die Ausbürgerung alleine ohne Rückkehrverbot mit allen seinen Folgen wäre deswegen zwecklos, weil der ausgebürgerte Deutsche, der nun die Staatsangehörigkeit eines fremden Staates erwerben würde, auf Grund seines neuen Passes von jedem deutschen Konsulate das Einreisevisum bekäme, da ja z. B. der deutsche Konsul in Brüssel, dem ein Herr Lehmann oder Meyer aus Zürich seinen Paß als Schweizer Bürger vorlegt, unmöglich wissen kann, daß es sich hier um einen früheren Deutschen handelt, gegen den ein Rückkehrverbot vorliegt. Eben gerade darum müßte das Rückkehrverbot einen persönlichen Charakter haben, der durch die spätere Aufnahme in einen anderen Staat unberührt bliebe.

So müßte man vorgehen, und wir würden es bald erleben, daß in Zürich, Amsterdam und Mailand (!) eine sehr starke Nachfrage nach Fahrkarten Richtung Deutschland einsetzen würde, denn alle diese lieben Leute, die sich für ihre Person in der Zeit der Not in Sicherheit bringen wollten, hatten doch nur die Absicht gehabt, ihren Wohnsitz in Deutschland aufzugeben, ihre Interessen persönlicher wie geschäftlicher Natur sind aber so mit dem Lande verbunden, daß es ihnen höchst unangenehm wäre, auf den Aufenthalt in Deutschland zu verzichten, sie wollen nur die Pflichten abschütteln, die sie der Gemeinschaft gegenüber haben, aber keineswegs auf Rechte und Vorteile verzichten.

Nur eine zweckentsprechende Aenderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes mit straffer Handhabung der Bestimmungen über Ausbürgerung und Rückkehrverbot würde auf dem Gebiete der Kapitalflucht, die unser Wirtschaftsleben so empfindlich schädigt, heilsamen Wandel schaffen, denn es hat keinen Sinn Kapitalflucht zu verbieten, man muß sie zu verhüten wissen.

Dr. jur. Werner Arendt.

Selbst diesem Reichstag ist es zu viel

Aber was nützt den betrogenen Kriegsopfern das Gerede?

Berlin, 2. Dezember.

Der Kriegsbeschädigten-Ausschuß des Reichstages beendete am Mittwoch die Aussprache über die durch die letzten Notverordnungen geschaffene Rechtslage der Kriegsbeschädigten. Das Ergebnis der Aussprache war die Annahme einer Entschließung, in der zum Ausdruck kommt, daß die Notverordnungen vom sozialpolitischen Standpunkt aus schwer vertretbare Veränderungen des Rechtszustandes auf dem Gebiet der Kriegsopferversorgung gebracht hätten. Obwohl es der Stand der Reichsfinanzen in Verbindung mit der Wirtschaftslage zur Zeit ausschließe, die schweren Eingriffe in das Rechtsgebiet der Reichsversorgung mit sofortiger Wirkung rückgängig zu machen, so sei es doch Pflicht, der Reichsregierung gegenüber auszusprechen, daß eine allmähliche Rückbildung der Versorgung auf den alten Rechtszustand unerläßlich erscheine und gleichzeitig mit einer etwa eintretenden Verbesserung der finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Angriff genommen werden müsse.

Lokalblatt der SAZ
Reichsausgabe

Auch eine Einheitsfront

Fieberhaft suchen die Aerzte des Kapitalismus nach einem Rezept für den schwer kranken Patienten. Aber trotz aller „Fortschritte" findet keiner eine Medizin. Was bleibt also anders übrig, als das probate Mittel der japanischen Kollegen, den imperialistischen Länderraub wieder anzupreisen? Und schon ertönen die Beschwörungsformeln der alten Gesundbeter.

„Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche!" Große Kolonialkundgebung in Köln. Die Redner, Herr Oberbürgermeister Adenauer (Zentrum), Herr Cohen Reuß (SPD), Herr Hjalmar Schacht (Faschist), propagieren auf schwarzrotgold und schwarzweißrot die koloniale Ausbeutung.

Herr Adenauer weiß uns außerdem zu berichten, wie vorbildlich die Kolonialgesellschaft alle Parteipolitik vermeide. Zeigt doch die Veranstaltung eine ausgleichende Zusammenstellung der Farben. Jawohl! Wozu denn auch Parteipolitik? Solange wir unsere kapitalistischen Medizinmänner haben, brauchen wir keine Parteien. „Nur am deutschen Wesen kann die Welt genesen!"

Nun tritt der Barde von Harzburg, Herr Schacht, auf. Damit die sogenannte „Ueberparteilichkeit" den rechten Akzent erhält, stellt er zunächst fest, daß nun ein Vertreter der schwarzweißroten Flagge spreche. Dann erhalten die senil gewordenen ausländischen Völker die üblichen Fußtritte. „Denn nur am deutschen Wesen usw. . . ". Die Harzburger Walze läuft prompt ab. Alles, was den Herren von rechts gut und teuer ist, kommt aufs Tapet. „Auf eigene Kraft besinnen, fest und energisch auftreten, Bolschewismus bedroht Deutschland" usw. usw. Der Schluß ist: „der Wille zur Tat." Welche Tat? Darüber schweigt der Herr Reichsbankpräsident a. D.; denn er will nicht — wie er sagt — mit der Polizei des Herrn Severing in Konflikt kommen.

Was sagen Sie, Herr Cohen Reuß, zu dieser Ohrfeige für die SPD und Ihren Parteigenossen Severing? Wenn Sie und Ihre Partei noch weiter Einheitsfront auf der rechten Seite der Barrikade bilden wollen, dann nur zu. Die Arbeiter werden Ihnen schon antworten.

Wir wollen aber indessn auf der linken Seite das Proletariat unter der roten Fahne sammeln zum Sturm auf die Barrikade!

Frankfurt a. M.

Uebertritt der Ortsgruppe der USPD. Die Verhandlungen mit der hiesigen Ortsgruppe der USPD sind zu einem günstigen Abschluß gebracht worden. Die USPD ist geschlossen zur Sozialistischen Arbeiterpartei übergetreten.

Katastrophaler Volksschullehrerabbau. Abbau auf allen Gebieten: Abbau der Arbeitslosenversicherung, Abbau der Fürsorgeunterstützung, Abbau der Demokratie. Da kann's nicht fehlen, daß auch das Schulwesen abgebaut wird. Na, und wenn schon abgebaut werden soll, dann hat die Volksschule den Vorzug. Mit der Notverordnung vom 12. September 1931 hat die „sozialistische" Regierung Preußens ein Machwerk zurecht gedrechselt, das einen geradezu drakonischen Volksschullehrerabbau vorsieht. In ganz Preußen werden 7000 Lehrer abgebaut. Frankfurt a. M. soll 135 Lehrerstellen abbauen. Dabei sind im Jahre 1931 in Frankfurt a. M. schon 208 Lehrerstellen abgebaut worden. Insgesamt werden also im Jahre 1931 343 Lehrerstellen in Frankfurt a. M. eingezogen. Bisher betrug die Gesamtzahl der in Frankfurt a. M. beschäftigten Lehrer 1200. Ein derartiger Abbau der Lehrkräfte hat eine grundlegende Umgestaltung des Schulbetriebs zur Folge. Die Durchschnittsschülerzahl einer Klasse wird auf 48 angesetzt. Das bedeutet praktisch, daß ein Lehrer 50—60 Schüler zu unterrichten hat. Dem Lehrer wird es auf diese Weise unmöglich gemacht, sich dem einzelnen Schüler mit der notwendigen Intensität zu widmen. Der Lehrer kann sich dem einzelnen weit weniger widmen als seither. Darunter leiden ebenso sehr die begabten wie die zurückgebliebenen Kinder. Ganze Klassen, ja ganze Schulen werden zusammengelegt. Förder- und Vorschulklassen werden beseitigt. Der Schwimmunterricht wird aufgehoben. Die Lieferung unentgeltlicher Lehrmittel wird eingeschränkt. Außerdem soll die Schulkinderspeisung verschlechtert werden. Die Pflichtstundenzahl der Lehrkräfte wird erhöht. Seit Ostern dieses Jahres gibt es in Frankfurt a. M. bereits 44 Durchziehklassen (d. s. Klassen ohne Klassenlehrer). Künftighin wird es in Frankfurt a. M. mehr als 400 Durchziehklassen mehr geben. Unter solchen Umständen ist doch kein geregelter Schulbetrieb mehr möglich. Vierhundert Klassen ohne Klassenlehrer, der die einzelnen Kinder kennt und sich ihrer Eigenart anzupassen vermag. Keine Lehr- und keine Lernmittel. Das ist Kulturbolschewismus reinsten Wassers. Ein derartig zurechtgestutzter Lehrbetrieb genügt noch nicht einmal den bescheidensten Ansprüchen. Die heranwachsende proletarische Generation muß ja physisch und erzieherisch verkommen. Alle Ansätze einer Modernisierung des Schulwesens gehen verloren. Und was soll aus den Junglehrern werden? Eine ganze Lehrergeneration steht vor dem Nichts. Keine Beschäftigung auf Jahre hinaus. Bis zum 31. März dieses Jahres hatte Frankfurt a. M. mehr als 500 Lehrkräfte als Mehrstelleninhaber beschäftigt. Innerhalb des letzten Schuljahres haben Hunderte von Junglehrern den Dienst quittieren müssen. Auf Grund der preußischen Notverordnung vom 12. 9. 31 werden sämtliche Junglehrer und Junglehrerinnen aus dem Schuldienst entlassen. Werden sie jemals wieder in die Lage kommen, ihren Beruf auszuüben? Es muß gespart werden. Aber weshalb spart man an den Mitteln zur Erziehung der Arbeiterkinder? Weshalb spart man ausgerechnet an den Ausgaben für Lehrkräfte? Der Abbau der Volksschule ist mit ein Resultat sozialdemokratischer Staatspolitik im Reich und in Preußen.

Mainz

Sozialistischer Schutzbund in Mainz gegründet. Ueber 60 Parteigenossen vollzogen am Donnerstag die Gründung der Ortsgruppe Mainz des Sozialistischen Schutzbundes. Nach einleitendem Referat des Genossen Janecek über Zweck und Ziele des Sozialistischen Schutzbundes konstituierte sich die Ortsgruppe und wählte ihren Vorstand. Da das bestehende Demonstrationsverbot in Hessen zur Zeit die Entfaltung in Hessen erschwert, wird der Mainzer Schutzbund zur Werbung für die Partei in den angrenzenden preußischen Gebieten schreiten.

Peine

Weiterer Lohnabbau in Sicht. Der Verband der Hannoverschen Metallindustriellen hat den für die Peiner-Ilseder Schwereisenindustrie gültigen Lohntarif zum 31. Dezember gekündigt. Von diesem Tarif werden die Walzwerksarbeiter Peines und die Hüttenarbeiter Ilsedes, im ganzen 1800 Mann, betroffen. Desgleichen ist, wie so üblich, einen Tag später der Tarif der Bergarbeiter des Ilseder-Bültener-Lengeder Bergbaus gekündigt. Von diesem Tarif werden etwa 700 Bergarbeiter betroffen. Mit der Kündigung beider Tarife beabsichtigt das Unternehmertum, die dritte Lohnabbauperiode in diesem Jahr für den hiesigen Bezirk einzuleiten. Den ersten Lohnabbau von 8 Prozent im Januar, den sich die Arbeiter nicht gutwillig gefallen lassen mußten, drückten die Unternehmer mit einer achtwöchentlichen Aussperrung durch. Bei dieser Aussperrung erreichten die Unternehmer nicht nur den geplanten Lohnabbau von 8 Prozent, sondern auch die Maßregelung von 1000 ihnen mißliebigen, gewerkschaftlich organisierten Arbeitern. Im August wurde abermals eine Lohnsenkung von 4 Prozent vorgenommen. Durch eingeführte Kurzarbeit (der allergrößte Teil der Belegschaft arbeitet durchschnittlich drei Tage in der Woche) ist das Einkommen der Arbeiter auf 60 bis 65 Mark im Monat gesunken. Es ist fast unglaublich, daß bei dem mörderischen Hetztempo, wie es auf den hiesigen Werken üblich ist, die Arbeiter fast weniger haben als die Erwerbslosen. Trotzdem sollen diese Löhne noch abgebaut werden. Zur Vervollständigung dieses Bildes muß noch gesagt werden, daß die leitenden Direktoren der beiden Werke „nur" 40 000 Mark an Jahresgehalt, ohne die Tantiemen, beziehen. Des weiteren ist es nicht uninteressant, daß die Kosten für verfehlte Spekulationen in England die Arbeiter durch Lohnabbau tragen sollen. — Wir werden auf diesen Lohnkonflikt noch zurückkommen.

Stettin

Gedanken, die man sich so macht. Weil in Deutschland eine Wirtschaftskrise herrscht, werden 1931 in Stettin nur drei Kirchen gebaut. Nachdem die eine, eine katholische, vor einigen Wochen eingeweiht worden ist, war jetzt die eine protestantische dran. Die Inneneinrichtung dieser einen Kirche soll — nur die Inneneinrichtung! — 390 000 RM. gekostet haben. Und darauf spielte wohl auch der Herr Generalsuperintendent an, als er (nach Bericht des Stettiner „Generalanzeigers", Nr. 332) sagte: „Und je schlechter die Zeiten auch werden mögen, um so köstlicher würde es sein, daß die Jakobigemeinde in Aufopferung und Liebe das Kreuz aufgerichtet habe, zur Erhebung und Errettung des Geistes und der Seele." Kommentar: Die Kirche heißt Kreuzkirche — „und du sollst zu Kreuze kriechen, dein Leben lang". Und dann sprach ein Pfarrer prim. Wendt über die Worte Matthäus 21: „Siehe, Dein König kommt zu Dir..." Und was Gott zusammenfügt, soll der Mensch nicht trennen. So spielte denn das Musikkorps der Nachrichtenabteilung 2 „Nun danket alle Gott". Gehet hin und tuet desgleichen!

Barth

Die SPD-Presse „berichtet". Bisher schwieg man uns tot oder man berichtete falsch. Nun, da man eine Massenveranstaltung nicht gut verschweigen kann, verdreht man die Tatsachen. Aber die Leser mögen einmal eine Kostprobe dieser „Berichterstattung" zur Kenntnis nehmen, um sich selbst ein Urteil zu bilden. Ueber die große öffentliche Versammlung mit dem Genossen Dr. Kurt Rosenfeld wurde wie folgt „berichtet":

Rosenfeld, die Sensation — war eine Enttäuschung.

Seit Jahren hat der „Anlagensaal" keine derartig besuchte Volksversammlung gesehen, etwa 400 bis 500 Personen und zu 95 Prozent Arbeiter erwarteten die Sensation. Ob es der Name des bekannten Mannes gewesen ist, oder ob man kam, weil bekannt war, es würde eine interessante Diskussion in Aussicht stehen, oder ob das in Barth bekannte Interesse für etwas Neues die Masse auf die Beine brachte, alles lassen wir offen, keinesfalls kann aber aus dem Besuch ein besonderer Erfolg für die neue Bewegung gefolgert werden. Wir wissen, daß in unserem Ort mit seiner gut disziplinierten Arbeiterschaft den Spaltern günstige Erfolge nicht in Aussicht stehen. Rosenfeld begann mit der Schilderung der heutigen schweren Notzeit und dem Anwachsen der Arbeitslosigkeit. Er fand aber bereits Widerspruch, als er für alles dies die Tolerierungspolitik der SPD schuldig sprach. Ueberhaupt war das Referat zum überwiegend größten Teil nur mit Vorwürfen gegen die SPD und deren Politik angefüllt. Sehr oft wurde das Referat durch Zwischenrufe unterbrochen. In der Diskussion sprach für die Partei Genosse Streufert- Stralsund und rechnete scharf mit den Spaltern ab. Was die KPD jahrelang gegen die SPD benutzte, wurde durch Rosenfeld erneut abgedroschen, um diesmal für die neue Partei zu werben. Wenn auch einige Zwischenrufe gegen die Rechtfertigung der Tolerierungspolitik der SPD gemacht wurden, so war doch die Mehrheit der Versammlung für das kleinere Uebel und der Beifall bestätigte dies. Für die KPD sprach Ordnig, der den Spaltern „Geschäftsschädigung" vorwarf. Im Schlußwort wollte der Referent scharf abrechnen, es blieb allerdings bei dem Versuch, denn sowohl die SPD als auch die KPD konnten nicht von ihm belastet werden; die Tatsachen sind auch von einem Manne wie Rosenfeld nicht aus der Welt zu schaffen. Im allgemeinen war man von der Versammlung nicht besonders erbaut. Man hatte sich von derartig prominenten Leuten, die jahrzehntelang im Vordergrund der Bewegung standen, mehr vorgestellt. Es genügt heute nicht, der Masse das Gewesene vorzutragen, weit wichtiger wäre es in der heutigen Zeit, der Arbeiterschaft einem gemeinsamen Ziel, und das ist noch immer der Sozialismus, zuzuführen. Der Weg zu diesem Ziel führt aber nur über die Einigkeit der Arbeiterschaft.

So, da haben wir es. Der „Berichterstatter" macht sich die Sache sehr leicht. Aber weil er die Ausführungen des Genossen Rosenfeld gar nicht verstanden hat, deshalb stellt er soviel Widersprüche auf. Die Leser sollten anscheinend gar nicht schlau werden. Es ist dies auch ein Bericht in Ludendorffscher Reinkultur. Es hätte auch schreiben können: „In Barth nichts Neues", denn dann hätte er auch nicht mehr gelogen als jetzt. — Die Barther Arbeiterschaft wird aber dafür sorgen, daß die Lügenfront nicht für immer hält. Es war eine Massenversammlung, wie sie Barth noch nicht gesehen hat. Wir kommen wieder, und die Masse wird sich entscheiden, ob sie das „kleinere Uebel" noch weiter will!

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Willi Schaber, für Inserate: Johannes Hoffmann. Verlag: Siebel Zeitungs-Verlagsges. m. b. H. Druck: Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16.
„SAZ Sozialistische Arbeiterzeitung" erscheint täglich außer Montags.
Redaktion: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel. Kupfergraben E 2 2904.
Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Tel. Kupfergraben E 2 2905.
Bezugspreis für einen Monat durch die Spedition: RM 2.40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen: RM 2.10 und RM 36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM 2.10 und RM 36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM 2.10 monatlich zuzüglich RM 1.20 Porto.
Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete.
Alle Zahlungen sind zu leisten an: „Siebel Zeitungs-Verlagsges. m. b. H.", Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Postscheckkonto: Berlin NW 7.

Vormarsch in Westfalen

Dem anfänglichen stürmischen Tempo im Aufbau der Organisation ist eine Periode systematischen, steten Wachsens der Partei, sowohl durch Gründung neuer Ortsgruppen als auch durch Ausbau der vorhandenen, gefolgt. Allen Widerständen zum Trotz — persönliche Verleumdungen und Terror wechseln täglich in ihren Formen — setzt sich die junge Bewegung durch. Es wird für immer eine Schande bleiben, welch niedriger und primitiver Mittel man sich mangels sachlicher Argumente im Kampf gegen die SAP bedient.

Trotz alledem:

neue Ortsgruppen entstanden in Dortmund - Nordost, Dortmund - Aplerbeck, Dortmund - Brackel, Bochum - Weitmar, Witten - Heven, Wischerhöfen und Hattingen.

In gemeinsamer Sitzung mit der Bezirksleitung Niederrhein wurde engste Zusammenarbeit, vor allem auf wirtschaftspolitischem, sozialpolitischem und kulturpolitischem Gebiet vereinbart. Die Bezirksvorstände des rheinisch-westfälischen Industriegebiets werden durch Spezialreferenten für diese Aufgaben ergänzt.

Energisch wird jetzt am Aufbau des Schutzbundes gearbeitet. Dabei wird jede Konzession an den Militarismus vermieden werden. „Wir lehnen jede Militärspielerei entschieden ab" schreibt eine reine Bergarbeiterortsgruppe.

Die ersten öffentlichen Versammlungen mit dem Genossen Portune finden in diesen Tagen statt. Es folgen noch im Dezember solche mit Seydewitz und Ströbel. Sie müssen und werden der Partei neue Kämpfer zuführen.

Da, wo wir mit den proletarischen Massen in Verbindung kommen, fassen wir Boden. Man wartet in weiten Proletarierkreisen auf die Partei der sozialistischen Sammlung, auf die Partei, die weder durch Kuhhandel noch durch Phrase dem Monopolkapital und seinen faschistischen Knechten entgegentritt.

In Wattenscheid traten fast die gesamten Funktionäre des Leninbundes zur SAP über.

Selbst im schwarzen Sauerland melden sich Stimmen, die nach der SAP fragen.

Aber was vielleicht das wichtigste ist: das was seit fast einem Jahrzehnt kaum noch möglich schien, Proletarier, Klassengenossen, Sozialisten der verschiedenen Gruppen zu sachlicher Aussprache zu bringen: durch unser Auftreten ist dies an manchen Orten schon möglich geworden. Wir werden die Apparate der SPD und der KPD zwingen — und je stärker unsere Partei ist, desto eher! — die Stacheldrahtzäune, die sie um ihren Parteigral gezogen haben, zu lockern, mindestens so weit, daß die Genossen der verschiedenen Lager mit einander sprechen können.

Es geht vorwärts!

Helft mit!

Genossen! Helft mit am Aufbau der S. A. P. Unterstützt unsere Arbeit durch pünktliche Zahlungen.

Auch im Obertaunuskreis geht's voran

Am 28. November trat die neugegründete **Ortsgruppe Oberursel** der Sozialistischen Arbeiterpartei mit einer öffentlichen Versammlung vor die Wählerschaft. Der Vorsitzende, Genosse Schweig, erteilte nach Eröffnung der Versammlung dem Referenten, Genossen Portune, das Wort.

Vor etwa 250 bis 300 Personen stellte Genosse Portune vorerst die verleumderische Schreibweise der Frankfurter Volksstimme richtig, die Richtigstellungen, die er verlangt hatte, ablehnte. Dann ging er zum Hauptthema „Warum Sozialistische Arbeiterpartei?" über. Er führte das Anwachsen der Nationalsozialisten auf die bisherige, für die Arbeiterschaft so überaus schädliche Tolerierungspolitik der SPD gegenüber der Regierung Brüning zurück und legte dar, wie gerade das eintritt, was die SPD mit ihrer Taktik verhüten will, nämlich daß die Nationalsozialisten an die Macht kommen. Des weiteren umriß er die Widersprüche, die in der sozialdemokratischen Taktik festzustellen sind. Erinnert sei nur an die Wahlversprechungen von 1928 über den Panzerkreuzerbau und die nachfolgende Stellungnahme der Reichstagsfraktion bei den Abstimmungen darüber. Die oppositionellen Abgeordneten konnten es mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren, für den Panzerkreuzerbau zu stimmen, sie begingen lieber einen Disziplinbruch und stimmten dagegen. Die Arbeiterschaft muß sich auch gegen die von Tarnow aufgestellten Thesen wenden, nach denen die Arbeiterschaft Arzt am kranken Kapitalismus spielen muß. Dieses kapitalistische System ist nicht wert, gerettet zu werden, es ist reif zur Ablösung durch den Sozialismus. In treffender Weise stellte Genosse Portune die Belastung der Notverordnungen für die Arbeiterklasse heraus. Auch die von der SPD in Erbpacht genommene Demokratie und Meinungsfreiheit beleuchtete er an Hand von Beispielen. Selbst das Zentralorgan der Schweizer Sozialdemokratie, die Berner Tagwacht, schrieb: Die Spaltung der deutschen Sozialdemokratie wäre sehr wohl zu vermeiden gewesen, wenn der deutsche Parteivorstand gegenüber der Opposition so tolerant gewesen wäre, wie gegenüber dem Kabinett Brüning. Zum Schluß erläuterte der Redner noch, warum die vom Parteivorstand ausgeschlossenen Abgeordneten nicht zur KPD übergetreten seien. Reicher Beifall dankte ihm.

In der Diskussion sprachen nur Kommunisten. Wie der Kommunist Genosse Metz anführen konnte, hatte die SPD vor der Versammlung die Parole herausgegeben: Fernbleiben! Nachträglich wurde noch bekannt, daß der SPD-Vorsitzende schriftlich aufgefordert worden ist, die Versammlung nicht zu ignorieren, da sonst der Verdacht entstehe, es sei etwas zu verheimlichen. Genosse Metz glaubte, die Taktik seiner Partei als die richtige hinstellen zu müsen. Er gab aber zu, daß in der Gewerkschaftspolitik von der KPD Fehler gemacht worden seien. Die dafür verantwortlichen Leiter seien aber ihrer Funktionen enthoben.

Im Schlußwort ging Genosse Portune näher auf die Taktik der KPD ein und konnte die Argumente der kommunistischen Diskussionsredner mit den von Lenin gelieferten Waffen zurückweisen. Er appellierte an das Verantwortungsgefühl der Kommunisten und empfahl, mehr Ehrlichkeit in der Schreibweise in der kommunistischen Presse walten zu lassen. Nicht das Mitgliedsbuch sei entscheidend, was der eine oder andere in der Tasche habe, sondern einzig und allein der revolutionäre Wille zum Sozialismus. Die Klasse sei über die Partei zu stellen. Die Sozialistische Arbeiterpartei wisse sich freizuhalten vom Parteiegoismus. Einigkeit sei das Gebot der Stunde. Diese herbeizuführen, sei die Aufgabe der neuen Partei. (Beifall.)

Genosse Schweig forderte die Anwesenden auf, der Partei beizutreten, dem Indifferentismus zu entsagen und mitzuhelfen an dem großen Werk der Befreiung der Arbeiterklasse.

Mit dem Gesang der „Internationale" wurde die für den Obertaunuskreis bedeutsame Versammlung beendet. Nach Schluß wurde eine Anzahl Neuaufnahmen gebucht.

Die Nacht in der Herberge

Von X Y Z.

Die Herberge zu Rheine machte keinen einladenden Eindruck, es schienen nur wenige gewerkschaftlich organisierte Handwerksburschen da zu sein, dafür um so mehr zweifelhafte Gesellen, ausrangierte Menschen, gestempelt und gezeichnet, unfähig zum Arbeiten und dauernd auf der Flucht, vor sich selbst, vor der Not und vor den Behörden.

„Kannst du mir sagen, wie man am besten nach Metz kommt?" fragte ein junger Bursche, der von den anderen durch seinen guten, sauberen Anzug abstach.

„Was willst du dort?"

„Ach, nur so . . ."

„Mir kannst du ruhig erzählen. Vielleicht kann ich dir einen guten Rat geben", sagte Otto.

„Ich habe nichts zu erzählen. Man hat mir gesagt, daß es in Metz Arbeit gibt in meinem Beruf."

„Was bist du denn?"

„Fleischer."

„Als Fleischer brauchst du nicht nach Metz zu tippeln, um Arbeit zu bekommen. Aber ich weiß, was du willst" — Otto nahm den andern am Arm und ging mit ihm vor die Türe. „Du willst zur Fremdenlegion," sagte er dort und schaute ihm mitten ins Gesicht.

Der Fleischer zuckte zusammen, dann sagte er: „Und wenn schon? Das ist doch immer noch besser, als hier Zeit meines Lebens Alimente zu zahlen oder so eine Kuh zu heiraten, die ich im Suff gesch...ängert habe. Das Luder hat noch andere gehabt, aber ich kann es nicht beweisen. Letzte Woche haben sie mir zehn Mark vom Lohn abgezogen, da hab ich den Bettel hingehauen und bin getürmt."

„Das ist doch noch lange kein Grund, in die Fremdenlegion zu gehen. Wenn du sonst nichts ausgefressen hast?"

„Nun, ich habe einiges mitgehen lassen und vielleicht sind sie schon hinter mir her. Wie kommt man am raschesten nach Metz?"

Otto beschrieb ihm den Weg. Dann sagte er: „Ich habe in Heidelberg einen Tippelbruder getroffen, der in der Fremdenlegion war. Er ist ausgerückt. Lieber fünf Jahre ins Gefängnis, als noch ein Jahr nach Afrika, sagte er. Vielleicht ist es besser, du stellst dich und bezahlst deine Alimente."

„Ich denke nicht daran."

Sie gingen in den Warteraum zurück. Hier war es plötzlich lebendig geworden. Die ganze Kundenschar umlagerte das Büfett und kippte einen großen Korn nach dem andern.

„Wer hat denn hier die Spendiernosen an?" fragte Otto den Hausknecht. Der zwinkerte mit den Augen.

„Wenn das eine saubere Sache ist, will ich Gift nehmen. Kommt so ein grüner Junge vorhin, dem man von weitem ansieht, daß er noch keine zwanzig Kilometersteine hintereinander gezählt hat und mit ihm ein ausgekochter Speckjäger, der den Jungen irgendwo aufgegabelt hat, und die beiden machen einen Krach, erzählen, sie hätten in der Lotterie gewonnen und wollen ihre Brüder in der Penne auch daran teilnehmen lassen. Mir ist das noch nicht passiert, daß ein Kunde in der Lotterie gewinnt, und noch weniger, daß ein Mensch, der Geld hat, eine Herberge zum Besaufen braucht. Aber mich geht's nichts an, geh doch rein und sauf mit."

„Danke. Kann ich nicht schon in die Falle gehen? Ich bin hundemüde."

„Zeig mal deine Fleppen. Du bist Buchdrucker? Warum hast du das nicht gleich gesagt? Wir haben für euch ein besonderes Zimmer, sind fast immer anständige und saubere Jungens, die kommen. Und euer Verband zahlt ja Unterstützung. Heute nacht mußt du allerdings ins große Schlafzimmer. Ich habe euer Zimmer vorher an ein Ehepaar abgegeben, ein polackisches Ehepaar, das nach Rotterdam auf ein Auswandererschiff will. Bist du sauber?"

„Ja."

„Siehst nicht aus, als ob du Bienen hättest. Dann geh hoch, lege dich in die Ecke am Fenster. Die Fleppen behalte ich, das ist viel sicherer für dich."

Otto schlief bereits, als die anderen Kunden die Treppe heraufkamen. Sie waren fast alle betrunken und machten einen solchen Krach, daß er aufwachte. Es dauerte eine Weile, bis sie alle im Bett waren, dann fingen sie an, Geschichten zu erzählen.

Jeder von ihnen hatte schon einmal etwas besonders Unheimliches erlebt, was er nun auspackte.

„Und ick sage immer wieder, man soll nicht daran tippen, daß es doch Geister gibt. War da meine Großmutter, eine sehr fromme Frau, die wachte eines Nachts um drei Uhr plötzlich auf und ihr war, als habe eben jemand laut ihren Namen gerufen. Sie legt sich eben auf die andere Seite und will weiterschlafen, da hört sie deutlich, wie ihr Name noch einmal gerufen wird. Was macht sie? Sie steht auf und geht ans Fenster. Da steht unten eine weiße Gestalt und winkt. Die Großmutter bekommt es mit der Angst zu tun und weckt meine Mutter auf. Wie die ans Fenster geht, ist die weiße Gestalt verschwunden. Aber in der gleichen Nacht ist beim Nachbar die Frau gestorben, die mit meiner Großmutter besonders befreundet war. Zwei Jahre später geht es meiner Mutter ebenso. Sie wacht mitten in der Nacht auf und hört ganz deutlich ihren Namen rufen. Wie sie ans Fenster geht, sieht sie die weiße Gestalt unten stehen und winken. Meine Mutter schreit auf und fällt um. Am andern Morgen kommt sie wieder zu sich und merkt, daß sie die ganze Nacht auf dem Boden gelegen hat. Sie schleppt sich zum Bett der Großmutter, aber die ist steif und kalt. Sie ist in der Nacht gestorben." "

„Meiner Mutter ist es ähnlich gegangen," erzählte nun ein anderer. „Mein Vater hatte bald nach der Heirat Geld unterschlagen und war nach Amerika gegangen. Zehn Jahre hat sie nichts von ihm gehört. Aber einmal, ich ging schon lange in die Schule, wachen wir alle mitten in der Nacht auf, die Flurklingel läutet ununterbrochen, wir bekommen Angst und rühren uns nicht. Aber das Klingeln hört nicht auf. Da faßt sich Mutter ein Herz und geht an die Türe. Wie sie aufmacht, steht ein Mann davor, er zieht stumm den Hut, sie sieht, daß es Vater ist, schreit laut auf und schlägt die Türe wieder zu. Wie sie gleich darauf wieder aufmacht, ist nichts mehr zu sehen. Nach vierzehn Tagen kommt ein amtlicher Brief aus Amerika: in der Nacht, wo der Mann an unserer Tür geklingelt hat, wurde mein Vater hingerichtet. Er hat drüben unter falschem Namen gelebt und im Suff einen Arbeitskameraden erstochen. Seinen richtigen Namen haben sie erst nach seinem Tod erfahren."

„Nun hört bloß auf mit euern Gespenstergeschichten," brummte einer, der noch etwas nüchtern geblieben war.

„Im Gegenteil, das ist gerade fein," meinte ein anderer. „Mir läuft da eine richtige Gänsehaut den Buckel runter und dann möchte ich bei einem Weibe sein."

„Geh doch zu der Polackin rüber."

Von der Türe, wo der erste Sprecher lag, tönte ein Kichern. „Bei der ist doch schon Bubi!"

Bubi nannten sie den Jungen, der so mit Geld um sich geworfen hatte.

„Wie kommt der zu ihr?"

„Sie hat gemerkt, daß er Geld hat und will sich das Reisegeld für sich und ihren Mann verdienen."

Ohne daß man gehört hatte, wie jemand die Treppen heraufgekommen war, wurde plötzlich die Türe aufgerissen und einige Blendlaternen stachen ihre spitzen Lichtkegel in den Schlafsaal.

„Jeder Reisende hat in seinem Bett zu bleiben. Hier Kriminalpolizei," tönte es von der Türe. Da kam auch schon der Wirt und zündete eine Gaslampe an.

An Hand der Herbergsliste nannten die Kriminalbeamten drei Namen, die sich melden sollten. Sie hatten schon unten die Papiere geprüft, jeder Besucher der Herberge mußte ja seinen Paß oder ein anderes Ausweispapier beim Wirt abgeben. Die zwei ersten krochen vorsichtig aus ihren Betten und zogen ihre Kleider an. Der junge Fleischer, mit dem Otto am Abend zuvor gesprochen hatte, war einer davon. So rasch würde er nun nicht zur Fremdenlegion kommen. Otto wußte nicht, ob er ihn bemitleiden oder beglückwünschen sollte. Der dritte, den sie suchten, war nicht im Saal. Es war Bubi.

„Er ist aber mit heraufgegangen," sagte der Hausknecht, der hinter dem Wirt stand. In diesem Moment hörte man plötzlich jemand die Treppe hinunterrennen. Zwei der Kriminalbeamten drehten sich rasch um und rannten hinterdrein.

„Halt!" hörte man vom Hofe rufen. „Halt!" und nochmal „Halt!" Da knallte auch schon ein Schuß. Zwei Minuten später brachten sie Bubi geschleppt, er hatte einen Schuß in den Oberschenkel bekommen, als er eben über die Mauer klettern wollte. Dann kamen Träger mit einer Bahre und schafften ihn weg.

In dieser Nacht kamen sie noch lange nicht zur Ruhe. Eine halbe Stunde später kam der Hausknecht unter dem Vorwand einer nochmaligen Inspizierung des Saales und erzählte flüsternd, daß Bubi wegen dringenden Verdachtes, an einem Raubmord beteiligt zu sein, verhaftet worden wäre.

„Hätte der dumme Hund sich nicht so großfressig aufgespielt heute abend, dann wäre ihm nichts passiert. Er hatte großartige falsche Fleppen, mit denen er auf ein holländisches Schiff und übers Wasser kommen konnte. Aber der Boß hat die Polizei geholt, weil er verpflichtet ist, jeden, der sich verdächtig macht, sofort zu melden. Wenn wir hier nicht mit der Polizei zusammenarbeiten, machen sie die Bude zu," fügte er wie entschuldigend hinzu.

„Und dafür gibt man seine letzten Groschen hin," knurrte einer.

„Aber nun verdufte, damit wir unser Schlafgeld noch abschlafen können," fauchten verschiedene andere. Der Hausknecht ging. Ueber dem Schlafsaal lag eine dicke, schwere Luft und drückte wie der Deckel eines Sarges.

Stammbuchverse für einen Kriegerverein

Ihr Herrn mit Bauch und Zylindern,
mit Fahnen und Doppelkinn!

Ihr, ihr weiht ein neues Denkmal ein,
neben einer Kirche, für die Toten.
Fühlt euch noch. Die Toten allein
spüren nichts, seh'n nichts von schwarz-weißroten

Schleifen über Heldenbrüsten,
hören nicht gesalbte Reden.
Sondern faulen in den Wüsten
Flanderns. Hätten Reden sich verbeten.
Sie sind's doch, die für euch büßten!

Ihr Herrn mit Frau und Kindern,
mit Existenz und Lebenssinn!

Baut statt Steindenkmälern Hütten,
statt der Kränze spendet Brot.
Hört der Toten stumme Bitten!
Ihre Witwen husten rot.
Ihren Waisen stechen Rippen
aus der Brust, wo sie bei euch verfettet.

Sie, sie haben blauverbiss'ne Lippen,
während ihr euch warm auf Federn bettet.
Stramm gestanden! Wenn ihr Hunger hättet . . .

Ihr schreit national.
Geklirr wie vor Jahren. Morgen wieder einmal?

Abmarschiert! Jetzt geht ihr trinken.
Auf dem Denkmal glänzen Namen
derer, die zum Himmel stinken.
Hart das, weiß ich, aber wahr. Amen.
Amen sagte auch der Pfaffe an der Massengrube.
Amen, als er heut pathetisch vor euch sprach.
Merkt ihr was? Er ist ein loser Bube,
und er drohte unbewußt mit jenem Tag,
da die Toten euch mit Fingern winken. —

Mit dem Tag, an dem man euch quittiert!
Amen. Dinger. Prost! Auf daß ihr leicht krepiert!

Melchior Douglas.

Die Schallplatten-Industrie hat gesiegt

Nach dem neuen Vertrag, den der Rundfunk mit den Schallplattenfirmen abgeschlossen hat, dürfen die Schallplattensendungen höchstens zwei Stunden täglich betragen. Hiervon sollen lediglich Sendungen wie „Der Mensch mit Büchern und Schallplatten" usw., also Sendungen, in denen Schallplatten nur zur Illustrierung irgendwelcher Vorträge usw. gesendet werden, ausgenommen sein. Bevor die Schallplatte gespielt wird, muß die Firma sowie die Katalog- (Fabrikations-) Nummer angesagt werden. Ferner hat der Rundfunk in Zukunft die Wünsche der Industrie in bezug auf die Platten, die gespielt werden sollen, zu respektieren. Schließlich darf der Rundfunk die Platten nur eine Woche lang behalten. Sind sie nach einer Woche nicht zurückgegeben, gelten sie als verkauft. (Bisher konnte der Rundfunk die Platten behalten, so lange er wollte.) Die Industrie hat also zum Schaden der Rundfunkhörer ihren Standpunkt durchgesetzt!

Kleines Feuilleton

Film in der Untergrundbahn

Die Untergrundbahn von Paris weist seit kurzem eine interessante Neuerung auf. Während der Fahrt läßt man in den Wagenzügen kleine Filme laufen, welche so viel Beifall finden, daß die Beamten aufpassen müssen, damit die Fahrgäste nicht weit über ihr Ziel hinausfahren.

Ein sinnvoller Druckfehler

Eine Berliner Rundfunkzeitung bringt in ihrem Berichte über die Radioveranstaltungen des Dezembers die seltsame Nachricht, daß am 3. Dezember, abends 8 Uhr ein „Weihnachts-Moratorium" zur Sendung gelangt!

Die Sprachen Europas

In Europa gibt es nicht etwa, wie man vielleicht nach der Anzahl der Staaten annehmen könnte, 1½ Dutzend Sprachen, sondern nicht weniger als 120! Natürlich kommt nicht allen die gleiche Bedeutung zu, aber immerhin sind es doch 50 verschiedene Sprachen, die von etwa je 100 000 Menschen gesprochen und geschrieben werden. 19 Sprachen werden von mehr als 5 Millionen Menschen und 37 von mehr als 1 Million Menschen gesprochen.

Die in ihre Hände fallen...!

ROMAN von JUSTIN RICHTER

(Copyright by Greifenverlag Rudolstadt)

15. Fortsetzung

Wutentbrannt lief Hedi zu Dr. Geyer und erzählte ihm den Vorgang.

„Das geht mir denn doch zu weit," meinte dieser, „ich werde den Vorfall dem Bürgermeister berichten und um Abhilfe ersuchen, sowie um Mitteilung, wie dieser Schutzmann heißt."

Nach vierzehn Tagen kam die Antwort. Sie lautete also:

„Der Name Dr. Geyer wurde zuerst von der Hedwig Geyer, nicht aber von dem Schutzmann in den Mund genommen. In der sich dann ergebenden Auseinandersetzung sagte dann dieser allerdings, wenn nochmals Beschwerden wegen Ruhestörung kämen, dann wird er Strafanzeige erstatten, dagegen könne auch Rechtsanwalt Dr. Geyer nicht helfen, das Wort habe dann das Gericht. Der Schutzmann erwähnte den Namen Dr. Geyer nur ein einziges Mal, und zwar in dem geschilderten Zusammenhang, veranlaßt durch die Hedwig Wehner."

„Wie kann nur ein Schutzmann so lügen," sagte Hedi ganz erstaunt, als sie dieses las.

„Mich wundert das gar nicht," war Dr. Geyers Antwort, „unsereiner hat darin seine Erfahrungen, gerade mit den Schutzleuten. Uebrigens genügt mir die Antwort. Der Schutzmann leugnet bei der Vernehmung durch seinen Vorgesetzten. Also sieht er ein, daß er unrecht getan hat, sonst brauchte er ja nicht zu lügen. Damit ist mein Zweck erreicht, mehr als diese Einsicht wollte ich ja dem Schutzmann nicht beibringen."

23.

Der Vorstand des städtischen Jugendamtes war der Bürgermeister. Als er den Einlauf des Jugendamtes öffnete, befand sich darunter ein anonymer Brief mit folgendem Wortlaut:

Hochverehrliches Jugendamt!

Ich kann es nicht länger mit ansehen, wie die Jugend verwahrlost und durch die nachteilige Umgebung verdorben wird. Von jeher bin ich ein Freund der heranwachsenden Jugend gewesen, und deshalb halte ich es für meine heiligste Pflicht, die Aufmerksamkeit eines hochverehrlichen Jugendamtes auf eine gewisse Auguste Wehner zu lenken. Die Genannte wohnt in der Ziegelstraße 1 bei ihrer Schwester. Diese Schwester ist eine ganz schlechte Person. Sie war schon einmal bei der Kriminalpolizei angezeigt wegen gewerbsmäßiger Unzucht und ein anderes Mal wegen Kuppelei. Ein Kind hat sie auch, und ein Verhältnis hat sie auch. Das Kind ist aber nicht von dem, wo sie das Verhältnis hat. Der, wo ihr das Kind gemacht hat, der will schon lange nichts mehr von ihr wissen. Das Verhältnis hat sie mit dem Rechtsanwalt Dr. Geyer, von welchem beobachtet wurde, daß derselbe die genannte schlechte Person vor dem Hause Ziegelstraße 1 öffentlich geküßt hat, woran die Nachbarn öffentliches Aergernis genommen haben. Und die Kleider hat sie auch von dem genannten Rechtsanwalt Dr. Geyer, woran die Nachbarschaft ebenfalls öffentliches Aergernis nimmt. Indem das Kind dieser schlechten Person immer auf den Dr. Geyer zuspringt und Onkel zu ihm sagt, wenn er hinunterkommt, und indem er dann das Kind auf den Arm nimmt und abküßt und auch dem Kind eine ganz große Puppe und einen Puppenwagen zu Weihnachten geschenkt hat, ist das eine nachteilige Umgebung, welche bewirkt, daß die Auguste Wehner ganz verwahrlost ist.

Diese Auguste Wehner sieht nichts Gutes vor Augen, indem sie immer die Schlechtigkeiten von ihrer Schwester ansehen muß, welche auch noch hochnäsig ist und ein ganz neues Strickkleid hat. Deshalb ist auch die Auguste Wehner eine ganz verdorbene Person. Jede Nacht kommt sie um zwei Uhr nachts nach Hause und ist betrunken und dann lärmen sie alle miteinander. Auch wegen Ruhestörung war sie schon wiederholt bei der Polizei angezeigt. Erst vor kurzem ist ein Schutzmann bei ihr gewesen und hat sie deshalb verwarnt.

Indem daß auch anständige Leute in dem Haus wohnen, wie die Familie Bader und der hochwohlgeborene Herr Oberkriminalkommissar Hammer, wo das alles bezeugen können, ist es unbedingt nötig, daß das Jugendamt ein wachsames Auge auf besagte August Wehner wirft.

Dieses wünscht

ein Freund der Jugend.

„So, so", murmelte der Bürgermeister, „der Geyer, da schau einmal einer her, der hat ein Verhältnis, mit einer, die wegen Gewerbsunzucht angezeigt war und wegen Kuppelei und ein Kind von einem anderen hat. Also endlich eine Gelegenheit, wie man den Geyer packen kann, diesen Geyer, den schon längst der Geier holen sollte." Wie oft hat sich der Bürgermeister das schon gewünscht. Die Advokaten konnte der Bürgermeister nicht leiden. Die waren nur auf der Welt, um die Behörden zu ärgern und den Leuten gegen die Behörden zu helfen. Beschwerden machen so Advokaten an die Regierung und an das Ministerium! Fertigbringen sie es auch noch, daß die Anordnungen und Beschlüsse eines hohen Stadtrates wieder aufgehoben werden von den höheren Stellen! Und der Geyer, der war der Schlimmtse von allen! Mit den anderen hat man doch reden können. Wenn die eine Sache gegen die Stadt gehabt haben, dann sind sie erst einmal zu dem Referenten gegangen und haben geredet, wie man halt so redet, und dann ist es so und so oft gelungen, den Anwalt zu überzeugen, daß seine Partei ganz unrecht hat, und daß die Stadt immer recht hat, wenn es auch nicht so gewesen ist. Aber der Geyer, der verflixte Geyer, immer gleich an die Regierung und an das Ministerium. Und immer mit Erfolg. Immer hat sich dann ergeben, daß dieser Geyer recht hat und daß die Rathausjuristen wieder einmal etwas falsch gemacht haben. Und wie bissig der Kerl immer geschrieben hat, von Schildbürgerstreich und so.

Der Bürgermeister las den anonymen Brief noch einmal durch.

(Fortsetzung folgt)

Der tägliche Vormarsch

Sachsen steigert:

Dresden-Radebeul: Glänzend besuchte öffentliche Versammlung. Referat des Genossen Schaber. Schlußwort des inzwischen eingetroffenen Genossen Rosenfeld. Stürmischer Beifall.

Lauschgrün i. V. hat innerhalb der letzten Woche 10 Neuaufnahmen gemacht.

Zwickau meldet einen starken Zustrom an neuen Mitgliedern anläßlich der letzten Seydewitz-Versammlung.

Auerbach b. Zwickau hat seine Mitgliederzahl in einem Monat von 20 auf 51 Genossen gesteigert.

Ebersbrunn b. Zwickau steigerte seine Mitgliederzahl von 13 auf 35.

Schneeberg führte eine öffentliche Versammlung mit Genossin Balabanoff durch und machte zahlreiche Neuaufnahmen für den Sozialistischen Schutzbund.

Stenn b. Zwickau begann mit 7 Genossen und stellt heute 30 Mitglieder.

Planitz steigerte seine Mitgliederzahl von 120 auf 270 Genossen!

Am Rhein und im Reich:

In Frankfurt a. Main tritt die dortige Gruppe der USP geschlossen zur SAP über.

Mainz gründet seinen Sozialistischen Schutzbund.

In Bernau bei Berlin tritt die Ortsgruppe der USP geschlossen zu uns über.

Bezirk Dortmund meldet die Gründung neuer Ortsgruppen der SAP:

Dortmund-Nordost,
Dortmund-Aplerbeck,
Dortmund-Brackeln.

Außerdem entstanden neue Gruppen der SAP in:

Bochum-Weitmar,
Witten-Heven,
Wischerhöfen,
Hattingen.

In Wattenscheid traten fast sämtliche Funktionäre des Leninbundes zur Sozialistischen Arbeiterpartei über!

Die Siedlungsutopie

Berlin, 1. Dezember.

Der Reichsausschuß für das landwirtschaftliche Siedlungswesen beschäftigte sich am Dienstag u. a. mit einer Eingabe des Verbandes heimattreuer Ost- und Westpreußen, betreffend Wiederansiedlung der nach dem westlichen Industriegebiet Abgewanderten in Ost- und Westpreußen. Die Eingabe wurde der Regierung als Material überwiesen. Es soll geprüft werden, inwieweit diese Wünsche im Rahmen des allgemeinen Siedlungswerkes und im Hinblick auf die notwendige Eignung der Siedler Berücksichtigung finden können. Die Richtlinien für die landwirtschaftliche Siedlung wird der Ausschuß am Mittwoch beraten.

Hugenberg hat vom Deutschnationalen Parteivorstand erweiterte diktatorische Vollmachten erhalten, auch gegen die Parteisatzungen bindende Anordnungen zu treffen.

Der Selbstmord der Republik

Berlin, 1. Dezember.

Die Zweite Große Strafkammer beim Landgericht I sprach am Dienstag in zweiter Instanz die Bundesführer des Stahlhelm Seldte und Duesterberg sowie den verantwortlichen Redakteur der Stahlhelmzeitung, Kleinau, die wegen Vergehens gegen das Republikschutzgesetz angeklagt waren, frei. Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt, daß der beanstandete Artikel „Kampf dem Zwischenreich" keinen Angriff gegen die Republik und die jetzige Staatsform darstelle, wie dies im ersten Prozeß vom Gericht angenommen worden war, daß sich vielmehr der Artikel gegen den Anarchismus richte.

In der ersten Instanz waren Seldte und Duesterberg an Stelle einer an sich verwirkten Gefängnisstrafe von je zwei Monaten zu einer Geldstrafe von je 800 Mark und Kleinau an Stelle einer an sich verwirkten Gefängnisstrafe von drei Wochen zu einer Geldstrafe von 300 Mark verurteilt worden. —

Das ist dieselbe „Logik" wie die des Oberreichsanwalts, als er die Hessen-Dokumente frei von dem Vergehen des Hochverrats konstruierte. Es ist der Weg des Selbstmordes der Republik. Sie vollzieht mit ihren eigenen Organen an sich das Urteil, das die Geschichte über sie gesprochen hat.

Wegen „Spionage" erschossen

Warschau, 2. Dezember.

Das Militärgericht in Posen hat den Schützen Franz Klamke vom polnischen Infanterieregiment Nr. 68 am Montag wegen Spionage zugunsten Deutschlands zum Tode verurteilt. Da der Staatspräsident keinen Gebrauch von seinem Gnadenrecht machte, wurde das Urteil bereits vollstreckt.

Kommunistenprozesse en gros

Warschau, 2. Dezember.

Im Strafprozeß gegen 81 Kommunisten vor dem Strafgericht in Luck (Wolhynien) wurde am Dienstag nach mehrtägiger Verhandlungen das Urteil gefällt. 77 Angeklagte wurden zu Gefängnisstrafen von zwei bis zehn Jahren verurteilt. Vier Angeklagte wurden freigesprochen.

Stimmen aus der Schweizer Sozialdemokratie.

Die SAP zur Führung berufen!

Unsere Genossin Gertrud Duby spricht gegenwärtig in zahlreichen Versammlungen der Schweizer Sozialdemokratie. Von überall berichtet unsere Schweizer Parteipresse über gewaltige Erfolge dieser Versammlungen. Besonders umfangreich berichten die SP-Blätter von Genf und Aarau. Der „Freie Aarauer" widmet dem Bericht zwei volle Spalten der ersten Seite. Dieser Bericht schließt folgendermaßen:

„Genossin Düby hat mit ihren Ausführungen klar und deutlich die Situation in Deutschland beleuchtet, sie erntete für ihren Vortrag rauschenden Beifall."

„Die Diskussion wurde von zwei Genossen benützt. Genosse Rudolf Basler sprach in grundsätzlicher Hinsicht. Er unterstrich die Ausführungen der Referentin noch einmal. Er zitierte vor allem Rosa Luxemburg und gab vortreffliche Stellen wieder aus ihrer Broschüre „Die Krise in der Sozialdemokratie". Es ist tief bedauerlich, daß

die SPD ihre ganze historische Entwicklung vergessen

hat; denn so, wie heute die SPD kämpft, hat sie den Boden des proletarischen Klassenkampfes verlassen, und in diesem Momente war die Gründung der Sozialistischen Partei nicht nur Notwendigkeit geworden, sondern sie wird sogar später einmal als geschichtliche Tat in der sozialistischen Bewegung gewertet werden. Die Internationale sollte die lebendige und sieghafte Kraft des revolutionären Sozialismus verkörpern, der Schlußsatz aus dem kommunistischen Manifest ist heute mehr denn je zu beherzigen: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!"

„Wenn ich über den Vortrag so ausführlich schreibe, so geschieht es darum, weil die Situation in Deutschland zu einem der brennendsten Tagesprobleme für ganz Europa geworden ist. Wir haben keinen Grund, uns der Kritik zu enthalten, denn im heutigen Momente wäre es Feigheit, wenn man nicht den Mut aufbrächte, das zu sagen, was der sozialistische Pressedienst uns nicht sagt, wohlweislich nicht sagt, daß das Vertrauen der Massen in den Sozialismus dank der schwankenden Politik der SPD langsam schwindet. So weit kommt es, wenn eine Partei in Minister- und Regierungssesseln fast alles sieht. Und wenn diese Partei eben nicht mehr ihre Pflicht erfüllt, dann ist es

notwendig, daß eine neue Partei die Führund der Massen übernimmt,

eine Partei, die den Kampf grundsätzlich führt und die keine Angst vor kommenden Auseinandersetzungen mit dem Bürgertum hat!"

In der Schweizer Parteigenossenschaft setzt sich also in raschem Tempo die Erkenntnis durch, daß die SAP die zur Führung des revolutionären Kampfes in Deutschland berufene Partei ist.

Ausweglos!

Die Zollnotverordnung — der Hebel zum völligen Chaos

Zu der Notverordnung über Zollermächtigungen schreibt die „Germania": „Die Zollerhöhungen in aller Welt, nicht zuletzt der Uebergang Englands zum Schutzzoll, drohen die deutsche Ausfuhr auf das schwerste zu schädigen. Es ist ein Lebensinteresse der deutschen Wirtschaft und der deutschen Währung, den Außenhandelsüberschuß in seiner bisherigen Höhe möglichst zu wahren, da er allein uns in die Lage versetzt, die ausländischen Kredite allmählich abzutragen. Es ist daher selbstverständlich, daß Deutschland seine Verhandlungsposition für die bereits laufenden und die noch kommenden Zollverhandlungen stärkt, indem es der deutschen Regierung anheim gestellt wird, ihrerseits Zollerhöhungen vorzunehmen und dadurch die Einfuhr nach Deutschland zu drosseln, wenn der deutschen Ausfuhr immer neue große Hindernisse in den Weg gelegt werden. In diesem Vorgehen wird das Ausland unmöglich einen unfreundlichen Akt sehen können, da es zweifellos der Wunsch der deutschen Regierung sein wird, von dieser Ermächtigung im Rahmen der bereits bestehenden Zollverträge den geringsten Gebrauch zu machen, was jedoch nur möglich sein wird, wenn das Ausland für die schwierige deutsche Lage und insbesondere für die Aufrechterhaltung des Außenhandelsüberschusses das notwendige Verständnis aufbringt."

*

Aber das Wesentliche ist, daß ein kapitalistisches Land nach dem andern in die gleiche Lage kommt wie Deutschland, daß auch das deutsche Kapital das von der „Germania" erbetene „Verständnis" für die Zollmaßnahmen der anderen haben muß. Das Ergebnis der Allseitigkeit und Tiefe der Krise ist, daß auch diese Maßnahmen des kapitalistischen Wirtschaftssystems unwirksam werden, das Gesamtchaos nur weiter verschärfen können. Die Folgerung aus dieser Entwicklung zu ziehen, wird die Bourgeoisie nicht imstande sein. Die Folgerung kann nur einer ziehen: das Proletariat. Sie lautet: Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Und der Weg — das ist die proletarische Revolution!

Aus dem Sklarek-Prozeß

„Die Demokraten geben für viele Parteien . . ."

Zu Beginn der Mittwochverhandlungen im Sklarek-Prozeß stellt Rechtsanwalt Dr. Puppe einen sehr interessanten Beweisantrag. Bekanntlich hat Böß bei seiner Vernehmung geäußert, er habe sich sehr für die Uebersiedlung der Firma Karstadt nach Berlin eingesetzt. Dieses „Interesse" erhält jetzt ein sehr eigenartiges Licht. Ein Haus Müllerstraße 24 und 24a war von der Firma Karstadt als Wohnsitz auserkoren worden. Das Haus war aber bewohnt. Man ließ nun das Haus auf seine Baufälligkeit und Unbewohnbarkeit prüfen, nachdem zuvor

das Bezirksamt Wedding eine Spende von 150 000 M. empfangen hatte.

Das Wohnungsamt verfügte dann ohne Prüfung der angeblichen Unbewohnbarkeit durch die Baupolizei rechtswidrig den Abriß des Hauses. Und gab außerdem einer Baugesellschaft „Primus" eine Hypothek von 250 000 M. zu einem billigen Zinsfuß. Die Mieter führten gegen dieses Vorgehen einen Prozeß, den sie gewannen. Sie wohnen zum Teil noch heute in dem vom Wohnungsamt demolierten Hause. Zwei städtische Beamte, Mielke und Liersch, führten außerdem Beschwerde bei Böß und Scholtz, die aber ein Einschreiten ablehnten. Nach Durchführung des Prozesses ging Mielke in Pension, Liersch wurde versetzt.

Ein immerhin etwas eigenartiger Fall, Herr Böß.

Interessant noch die Vernehmung des deutschnationalen Stadtrates Zangemeister (heute BVG), der Max Sklarek um eine Spende von 6000 Mark für den Wahlfonds der Deutschnationalen angeschnorrt hat.

Vorsitzender: Wußten Sie, daß Max Demokrat war?

Zangemeister: Ja, die Demokraten geben für viele Parteien! (Schallende Heiterkeit.)

Vorsitzender: Warum gingen Sie ausgerechnet zu Sklareks?

Zangemeister: Sie sollten sehr reiche Leute sein.

Vorsitzender: Solche sollen manchmal auch eine Ueberzeugung haben?

Zangemeister: Der Gedanke ist mir nie gekommen.

Zangemeister bekundet noch, daß Böß ein auffallendes Interesse an der schnellen „Erledigung" der Sklarekschen Grundstücksangelegenheit gezeigt habe.

Unter der schwarzen Fahne

Die soziale Erschütterung der Bauernschaft

München, 1. Dezember.

Die Erregung der bayerischen Bauernschaft über die steigende Not wächst. Fast täglich finden auf dem Lande Kundgebungen statt. Im bayerischen Landtag hatten in der vergangenen Woche die Bauernbündler einen „letzten Warnruf" an die Reichs- und Staatsregierung gerichtet und schärfste Opposition des Bauernbundes angedroht. Auch in der Sitzung des Landesausschusses der Bayerischen Volkspartei am vergangenen Sonntag wurde in einer Entschließung darauf hingewiesen, daß die Stimmung in der Landwirtschaft immer verzweifelter werde, und es wurde eine Reihe von Forderungen zu Gunsten der Landwirtschaft erhoben. Am Montag fand nun in Traunstein in Oberbayern eine Kundgebung statt, an der 107 oberbayerische Landbürgermeister teilnahmen und in der wieder die Not, besonders der Gebirgsbauern, geschildert wurde.

In der Versammlung teilte Reichstagsabgeordneter Eisenberger mit, daß er sich noch in dieser Woche zum Reichskanzler begeben und ihn an den 14. April 1930 erinnern werde, wo Brüning nach der denkwürdigen Abstimmung im Reichstage gesagt habe: „Eisenberger, Sie haben mir heute das politische Leben gerettet. Wenn Sie einmal etwas brauchen, dann kommen Sie zu mir." Eisenberger will dem Reichskanzler die Forderungen der bayerischen Bauern vortragen und ihn an sein Wort erinnern.

*

Tragödie und Komödie wachsen auf einem Holz. Wenn auch die rührende Geschichte des politischen Lebensretters Herrn Eisenbergers keinerlei Eindruck auf den zielbewußt den kapitalistischen Klassenweg gehenden Herrn Brüning machen wird — das Bauernproblem wird zu einem immer ernsteren Problem des wankenden kapitalistischen Systems. Hier wächst eine explosive reaktionäre Kraft heran, die den Kurs des Großkapitals bald entscheidender noch als bisher beeinflussen müßte.

*

Rebellion im Kreise Mörs

Mörs, 1. Dezember.

Am Montag abend waren auf einer Kundgebung des Kreislandbundes Mörs, jener Bauernbewegung, die in engster Anlehnung an die Harzburger Opposition seit dem Sommer im Kreise Mörs besteht, mehrere hundert Bauern versammelt. Das von der Jungbauernschar eingebrachte Kampfbanner, eine schwarze Fahne mit weißem Totenkopf, wurde geweiht, wobei sich alle anwesenden Landwirte durch Treueschwur verpflichteten, bei künftigen Zwangsversteigerungen von heimischen Bauernhöfen kein Gebot abzugeben.

„Demokratie" im Schutzverband

Die Berliner Ortsgruppe im Schutzverband Deutscher Schriftsteller hatte sich kürzlich einen neuen Vorstand gewählt, weil sie Ursache hatte, mit dem bisherigen Vorsitzenden unzufrieden zu sein. Jetzt versendet eine Gruppe, die der Bürokratie des Verbandes nicht fern steht, Mitteilungen an die Mitglieder, in denen es heißt:

„Berliner Mitglieder des SDS, die einer so einseitig regierten Ortsgruppe nicht mehr angehören wollen, werden aufgefordert, dem Verbande treu zu bleiben, aber ihren Austritt aus der Ortsgruppe zu vollziehen und einem neu zu gründenden, vom Parteihader freien und den gewerkschaftlichen Aufgaben dienenden Ortsverbande beizutreten."

Gerade in ihren gewerkschaftlichen Aufgaben hatte die frühere Leitung versagt. „Demokratie" darf also nur soweit herrschen, wie es den Herren Verbandsdirektoren und Verbandspäpsten gefällt. Wählen die Mitglieder sich eine Vertretung, wie sie ihnen zusagt, so sind sie „einseitig" und man macht eine Gegengründung auf.

Schober und Starhemberg

vertragen sich wieder

Der großmächtige Hahnenschwanzführer Starhemberg ist, wie wir bereits gemeldet hatten, wegen Beleidigung des österreichischen Vizekanzlers Dr. Schober, den er Lump, Erzlump, Gauner, Johannes der Täuscher und so weiter tituliert hatte, zu zweihundert Schilling Geldstrafe verurteilt worden. Damit könnte dieses Zwischenspiel sein Ende haben. Nun enthält aber die erste Nummer der Zeitschrift für Politik und Wirtschaft, „Die Gegenwart", anscheinend ein Heimwehrorgan, eine pompöse Ehrenerklärung für Schober. Fürst Starhemberg hat seinen Wiener Landesführer abgeschickt, um im Präsidium der Polizeidirektion erklären zu lassen, daß er falsch unterrichtet gewesen wäre, daß sein jugendliches Temperament mit ihm durchgegangen wäre und daß er tief bereue, so unrecht gehandelt zu haben.

Es scheint so, als ob der Starhemberg, ähnlich wie Hitler mit Brüning, nun mit Schober sich verständigen will, um auch auf „legale" Weise zur Macht zu kommen. Denn einen politischen Sinn wird diese Ehrenerklärung ja schon haben.

Vor einen Staatsstreich in Finnland?

Helsingfors, 1. Dezember.

Am Montag gab der finnländische Innenminister von Born im Parlament eine Erklärung ab, die allergrößtes Aufsehen hervorgerufen hat, denn der Minister gab zum ersten Male unumwunden zu,

daß die Gerüchte über einen bevorstehenden Staatsstreich in Finnland nicht unbegründet seien.

Der Minister erklärte, daß die Behörden Vorbereitungen verschiedener Organisationen festgestellt hätten, die nach Lage der Dinge auf einen Staatsstreich deuteten. Zum Teil geheim, zum Teil öffentlich, werde sowohl innerhalb der finnländischen Armee als auch des Schutzkorps Propaganda für die Beseitigung der verfassungsmäßigen Zustände durch einen Gewaltakt gemacht. Aus den Tagesbefehlen und den Verfügungen der staatsfeindlichen Organisationen gehe deutlich hervor, daß der Staatsstreich unmittelbar bevorstehe. Der Innenminister richtete an die Bevölkerung die Aufforderung, die Ruhe nicht zu verlieren, da die Regierung für das Wohl und Leben der Einwohner Sorge trage.

Amerikanischer Protest gegen die polnischen Progrome. Auf einer von allen Konfessionen besuchten Massenversammlung in der Carnegie Hall protestierten die Teilnehmer gegen die Verfolgung der jüdischen Bevölkerung in Polen.

Sportschau der SAZ

Arbeitersport am Rhein

Aus dem

Mainz-Wiesbadener Gebiet

wird geschrieben:

Ueberraschungen in der Kreisklasse

In der Kreisklasse geht die Schlußrunde ihrem Ende entgegen, und schon melden sich neue Ueberraschungen an. **Frankfurt Bockenheim**, das ungeschlagen seine Meisterschaft erringen konnte, blieb in **Neu-Isenburg** zum erstenmal auf der Strecke und verlor 3:2. Auch der Tabellenzweite, **Raunheim**, war diesmal ein Versager. Er weilte in **Praunheim** und mußte mit einer hohen **1:1**-Niederlage die Segel streichen. Der Tabellenletzte, **Mainz-Mombach**, will sich scheinbar noch vor dem Abstieg retten. Er lieferte den starken **Rüsselsheimern** einen gleichwertigen Kampf, der mit einem **0:0** endete. Nur in **Frankfurt** ging es erwartungsgemäß zu. Dort teilt sich **Abt. Nord** mit **Wiesbaden** in die Punkte (3:3).

1. Bezirksklasse

Der Meisterschaftsanwärter **Mainz-Bretzenheim** zeigte sich wieder in Hochform. Sein Gegner **Mainz-Kostheim** mußte dies mit einer 10:2 Niederlage anerkennen. Der **VfL. Mainz** ist dieses Jahr von großem Pech verfolgt. Auch am Sonntag blieben ihm die Lorbeeren versagt. **Kreuznach 22** siegte nämlich gegen die Mainzer mit 2:1.

Meisterschaftsanwärter der 2. Klasse straucheln.

Was wohl niemand für möglich hielt, ist eingetroffen. **Oppenheim**, schon vor der Meisterschaft stehend, gastierte bei den freien Turnern in **Mainz** und verlor haushoch mit 9:2 Toren. Dabei ist das Resultat durchaus gerecht, denn Mainz lieferte eines seiner besten Spiele der Serie. Doch Oppenheim hat Glück. Sein gefährlichster Rivale, **Gonsenheim** versäumte in **Wiesbaden-Rambach** den Anschluß. Es verlor dort mit **2:1** Toren. **Nieder-Olm** rückt jetzt dem Tabellenführer auf die Fersen. Sein Gegner, **Heidesheim**, mußte nach einer 5:3-Niederlage dem Gast die Punkte überlassen.

*

Mainz Handball-Bezirksmeister im 5. Bezirk

Bauschheims Erste hatte einen schweren Kampf zu bestehen. Sie spielte gegen **Mainz-Kassel** und konnte erst in den letzten Minuten mit 11:3 siegen. In der 1. Bezirksklasse ist die Entscheidung gefallen. **Mainz** setzte auch in **Wiesbaden** seinen Siegeszug fort. Dort gewann es mit einem **7:3**-Resultat und holte sich damit die Bezirksmeisterschaft.

Aus dem Kölner Bezirk

Mit dem Entscheidungsspiel **C. Köln-Nord** gegen **Köln 93** am vorigen Sonntag, das Köln 93 den Bezirksmeistertitel brachte, war die Serie beendet. Die Spielerbörse brachte reichhaltige Spielabschlüsse; welche spannende Treffen ahnen ließ. **Ehrenfeld** gab **Sülz** eine unentschiedene Partie: **1:1. Hand** wurde von **Colonia** dennoch geschlagen: **0:2. Kalk 03** zeigte gegen **Eintracht-Köln** mit **4:2** ein besseres Können. Ueberraschung war die 4:2-Niederlage von **Köln 93** gegen **Dellbrück. Braunsfeld** nahm **Frechen** mit 2:1 ins Schlepptau und **Poll** mußte sich von **Borussia** gar mit **5:3** geschlagen bekennen. Reichlich hoch schlug **Mülheim** die Gäste aus **Brühl 2:13.** Das Lokalmatch **Niehl 96** gegen **Nippers** gewann nach schönem Spiel letztere mit **2:0. Höhenhaus** war schneller am Ball wie sein Gegner und kanterte **Riehl** mit **5:2** nieder.

Handballgroßkampf in Düsseldorf

Es war ein prächtiger Kampf am Sonntag zwischen **Schwarz-Gelb** und den **Schwimmern.** Jede Mannschaft hatte ein großes Plus: die Schwimmer waren die körperlich tüchtigeren, Schwarz-Gelb die besseren Techniker. — Vor zahlreichen Zuschauern entwickelte sich schnell ein hochinteressanter, äußerst flotter Kampf. Innerhalb kürzester Zeit führte Schwarz-Gelb mit 3 Toren, denen aber der Gegner bis zur zehnten Minute zwei entgegensetzte. Dann aber hörte der „Torregen" etwas auf. In der 25. Minute erst konnte Schwarz-Gelb noch ein Tor hinzusetzen. Nach der Halbzeit holten die Schwimmer ein Tor auf, und für den Gegner schien es fast verhängnisvoll zu werden. Aber er hielt sich tapfer und konnte 3 Minuten vor Schluß sogar nochmals einsenden und damit den Sieg auf **5:3** erhöhen.

*

Schwimmer - Turnerinnen — Schwarz - Gelb - Turnerinnen 1:2; A.-K.-Schwimmer—A.-K.-Schwarz-Gelb 2:1; Gerresheim II—Schwarz-Gelb II 6:3, Halbzeit 1:3; Schwarz-Gelb Jugend—Frei Turner Elberfeld Jugend 3:5.

Thüringer Arbeitersport

FSV. Rositz zum zweitenmal Thüringer Fußballmeister

FSV. Rositz—SpVg. Ilmenau 3:0 (1:0). Das Endspiel um die Thüringer Meisterschaft endete mit einem vollen Erfolg der Rositzer. 3000 Zuschauer erlebten einen leider etwas harten, typischen Meisterschaftskampf. Die Zuschauer wurden durch die Ilmenauer enttäuscht, weil man mit ihrem Sieg gerechnet hatte. An technischen Feinheiten wurde nicht allzu viel gezeigt. In diesem Kampf siegte die Entschlossenheit. Seit langem sah man in Gera kein Spiel, in dem so hart um den Sieg gekämpft wurde. Der Schiedsrichter sorgte dafür, daß das Spiel im Rahmen des Erlaubten blieb.

Weitere Resultate: Friesen-Altenburg—Gera U.-Haus 4:3; Crobnlaide—VfL. Meerane 2:1; Zechau I—VfL. Naumburg 3:1; Vorwärts I—Teuchern I 3:7; Vorwärts Jgd.—Regis Jgd. 10:2; Knaben—Treben Knaben 3:1; Meuselwitz I—Hohenwolfen I 3:3, II.—Hohenwolfen I b 2:1; III.—Wybra I 1:2; IV.—Wybra II 2:1; Meuselwitz Jgd.—Rositz Jgd. 1:5; Knaben—Lucka Knaben 5:1; Meuselwitz A.-H.—Lucka 5:1; Pegau—Turnerbund Altenburg 2:1; Friesen Altenburg—Nobitz 0:1; Jgd.—Schmölle 2:1; Gera-West—Gera Pforten 0:5; Gräfenthal—Lichtenhain 1:0; Bischleben—Fr. T. Erfurt 1:5; Saxonia Erfurt—VfT. u. E. Erfurt 1:7; Eisenberg—Rudolstadt 5:2; Kahla—Apolda 1:1; FSV. Jena—Jena-Ost 3:3; Weimar—TG. Erfurt 2:0; Fr. T. Zeitz—Weida 1:2; Naundorf—Remsdorf 1:2. BV. Eisenach—FSV. Eisenach 1:1; Kloster-Allendorf—Berchtold 2:0; Tiefenort—Salzungen 6:2; Blechhammer—Neufang 7:2.

Handball

Arnstadt I. M. gegen Zottelstedt I. M. 9:6 (1:3); Arnstadt III. M. gegen Zottelstedt II M. 9:6 (7:4); Arnstadt Schüler gegen Zottelstedt Schüler 3:0 (2:0), in Arnstadt.

Bei dem Spiel der I. Mannschaften war man anfangs überrascht. Bis zur Halbzeit drückte Z. mächtig, was ja auch das Resultat besagt. Nach dem Wechsel kommt A's Sturm in Fluß, und trägt Angriff auf Angriff vor Z's Tor. Die Erfolge bleiben dabei nicht aus. Nach einem schönen Spiel trennten sich beide Mannschaften mit 9:6 für A. Bei den 2 Mannschaften immer verteiltes Feldspiel, wenn A. besser abgespielt hätte, stände das Resultat leicht höher. Arnstadt Schüler waren den Zottelstedter Schülern immer überlegen.

4. Bezirk

Turnerbund Zeitz I—Gruppen Teuchern 5:1. Turnerbund Zeitz, als die technisch bessere Mannschaft, gewann verdient. —

Freie Turnerschaft Zeitz I—Lucka I 10:2. Vor zahlreichen Zuschauern konnte Zeitz aufs neue seine Spielstärke beweisen. —

Freie Turnerschaft Rasber I—Gera-Untrem-Haus I 4:7. Zwei im Feldspiel gleichwertige Mannschaften zeigten ein dem Arbeitersport würdiges Spiel, wobei der schußfreudige Geraer Sturm den Ausschlag gab.

Freie Turnerschaft Aue I—Trebnitz I 1:2; Freie Turnerschaft Zeitz II—Kayna I 3:4; Freie Turnerschaft Zeitz III—Kayna II 3:1; Freie Turnerschaft Zeitz Jugend—Turnerbund Zeitz Jugend 0:7; Freie Turnerschaft Rasberg II—Gera Unt. Haus II 10:1; Freie Turnerschaft Rasberg Jugend—Gera-Leumnitz Jugend 4:2.

Sachsen-Sport

Arbeiter-Schach!

Bezirkstag

des 2. Bez. im 6. Kreis (Erzgb. und Vogtl.)

Aus den Berichten konnte man ersehen, daß trotz der schlechten Wirtschaftslage die Spieltätigkeit eine sehr rege gewesen ist. Es wurden 53 Spiele der A- und B-Mannschaften auf 1310 Brettern und 22 Jugendspiele auf 484 Brettern ausgetragen.

Ein Bezirksjugendtag soll nächstes Jahr in Oberhohndorf stattfinden. Der Kreistag fällt dieses Jahr aus. Weiter wurde beschlossen, nächstes Jahr Bezirksspiele stattfinden zu lassen. Die vom Bund für 1933 angesetzten Bezirksspiele kommen trotzdem zur Austragung. Ein Antrag, künftig alle Berichte auch in der Zeitung der Sozialistischen Arbeiter-Partei erscheinen zu lassen, fand Annahme, da diese Partei für die Einheit des Arbeitersports eintritt. Anwesend waren 16 Delegierte aus 14 Vereinen; vier Vereine fehlten. Von den Delegierten waren organisiert: zwei SPD, vier SAP, zwölf gewerksch., zehn Kirchenaustr., neun Volksblattleser, fünf SAZ. — Eine Anzahl Gäste waren zur Tagung mit anwesend.

Planitz—Wilkau 4:10. Die beiden Mannschaften hatten sich im gleichen Lokal zu einem Wettspiel zusammengefunden, was die Wilkauer für sich entscheiden konnten.

Der Schwimmverein Coralle Schneeberg

konnte bei seinem 3. Kinder- und Jugendschwimmfest weit über 200 Gäste begrüßen. Am Start waren außer Schneeberg auch Zwickau und Mittweida-Markersbach vertreten. In den verschiedenen Stafetten und Vereinskämpfen wurde gutes Können gezeigt; das Schauspringen fand viel Beifall. Im Wasserballspiel der Kleinsten spiegelte sich die Liebe zum Arbeitersport besonders. Auch die Jugendmannschaften der Zwickauer und Schneeberger standen sich im Wasserball gegenüber und zeigten mit viel Geschick ihre Leistung. Wurstelhaschen, Jagd nach dem Karpfen, sowie eine Pantomime sorgten für Humor. Das Rettungsschwimmen, das bei keiner solchen Veranstaltung fehlen darf, ließ die Gäste interessiert allen Erklärungen eines geprüften Rettungsschwimmers folgen. Hoffen wir, daß viele Eltern sich überzeugt haben, was ihre Kinder in einem Verein des Arbeiter-Turn- und Sport-Bundes geboten bekommen und daß sie ohne Sorgen ihre Pfleglinge den Arbeiterschwimmern anvertrauen können.

Kleine Sportnachrichten

8. Bezirk 3. Gruppe

Achtung! Kinder-Turnwarte. Am Sonnabend, 5. Dez., findet in Straßberg unsere letzte diesjährige **Gruppen-Kinder-Turnwarte-Lehrstunde** mit Hauptversammlung statt. Beginn 19 Uhr. Alle Turnwarte mit ihren Helfern müssen erscheinen.

Sonntag, 6. Dez., vormittags ½9 Uhr, in Plauen

Vorturnerstunde

anschließend **Jahreshauptversammlung** im Turnerheim „West". Alle Vereine müssen vertreten sein. Vorzuturnen haben: Gruppenriege, I. Abt., Altersturner; V. Abt., Mittelstufe Reck; Wetschlitz, Barren; Neundorf Pferd; Haselbrunn, Bock; II. Abt. — Die für den 6. Dez. nach Stöckigt angesetzte Gruppenriegeturnstunde fällt aus.

Arbeiter-Turnverein „Eiche" E. V. Plauen/V.

Sonntag, 6. Dez., 17 Uhr, führen die Turnerinnenabteilungen des Vereins in der Angerturnhalle ein Hallenschauturnen aus. Geboten wird im Rahmen der Veranstaltung neben dem Geräteturnen: Freiübungen, Volkstänze und Sondervorführungen.

Schwimmverein „Coralle" Schneeberg

Freitag, 4. Dez., Monatsversammlung in der Laube. Anfang ½9 Uhr. Tagesordnung verlangt zahlreiche Beteiligung.

*

Was treiben die Oberlausitzer Naturfreunde?

Großrohrsdorf. 6. Dez., 20 Uhr, im großen Saal der Schule Vortragsabend: „Eine Fahrt ins Weltall." 2. Dez.: Liederabend mit der Musiksektion, 20 Uhr, Schule, Zimmer 16.

Neukirch-Lausitz. 9. Dez.: Monatsversammlung mit Vorlesung „Mein frohes Völkchen".

Bautzen. 6. Dez.: Nw. nach der Schmeritzsenke und dem Kumitzer Tal. 13.30 Uhr Bhf. F.: Walter.

Kirschau. 6. Dez.: Nw. nach dem Bieleboh. Abfahrt 13.33 Uhr Bhf. Bederwitz. F.: Hedwig Kühne.

Zittau. 3. Dez.: Jahreshauptversammlung, 20 Uhr, im Schwarzen Adler. Ebenso Jugendgruppe. 4. Dez.: Brettspielabend, 20 Uhr, Jugendheim, Zimmer 1.

Eibau-Walddorf. 3. Dez.: Gruppenabend, 20 Uhr, in der Oberen Schule. 9. Dez., 20 Uhr, im Hotel Hirsch, Eibau, Hochgebirgsfilm „Hoch über Firn und Fels".

Löbau. 5. Dez.: Jahreshauptversammlung, 20 Uhr, im Volkspark.

Lauba. 6. Dez.: Nw. (eventuell mit Skier), 13 Uhr beim Gen. Winkler.

Seifhennersdorf. 3. Dez., 19.30 Uhr, Jahreshauptversammlung im Vereinslokal. — Jugendgruppe: 8. Dez. Jugendversammlung, 20 Uhr, im Café Kohler. — An alle Mitglieder: Wer am 9. Dez. zum Filmabend nach Eibau fahren will, melde dies beim Genossen Noack. Zu allen Veranstaltungen der Ortsgruppen sind Gäste herzlich willkommen.

Touristenverein „Die Naturfreunde", 7. u. 8. Bezirk im Gau Sachsen. Wanderauskunftsstelle: Alfred Richter, Zittau, Peschackstraße 9/2. Wander- und Ferienheim am Valtenberg bei Neukirch/Lausitz.

Breslau

Kleinarbeit für die große Sache

Berichterstatter-Kursus

Im Monat November wurden vom 1. Organisationsbezirk ein Berichterstatter-Kursus durchgeführt. Der Kursusleiter, Gen. Mosler, scheute keine Arbeit und Mühe, um einen Berichterstatterstab heranzubilden, der eine gute Berichterstattung gewährleisten soll. Die Genossen Doblitz, Scholz, Hoffmann und Matzke stellten durch belehrende Vorträge ihr reiches Wissen und Können in den Dienst der guten Sache. Die Kursusabende, die sich recht abwechslungsreich gestalteten, erforderten rege, geistige Tätigkeit der Teilnehmer. Durch die verschiedenen Themen wurde das Wissenswerteste geboten, was in der Hauptsache für die Berichterstattung erforderlich ist. Es ist zu hoffen, daß die Kursisten durch all das Belehrende für die Berichterstattung reif geworden sind und nun durch ihre zukünftige Tätigkeit beweisen, daß in den Kursusabenden ersprießliche Arbeit geleistet worden ist.

Ein Einblick in den Uebungsbetrieb

war für das Publikum das Werbeschauturnen der 9. Männer-Abteilung der FTB am Freitag in der Turnhalle Kloantestraße. Vor einer ansehnlichen Zuschauermenge wickelte sich ein umfangreiches, in allen Zweigen des Turnbetriebes gerecht werdendes Programm ab. Die Schüler der Abteilung eröffneten nach einleitenden Worten des Vorsitzenden, der auf den Sinn des Abends hinwies, den technischen Reigen. Die vielseitigen Uebungsarten einer Schülerturnstunde wurden beifällig aufgenommen. In bunter Reihe folgten Jugend und Männer, und zeigten mit ihren Vorführungen, wie vielgestaltig der heutige Turnbetrieb ist. Uebungsarten für sämtliche Zweige des Sportbetriebes kamen zur Durchführung und bewiesen, daß auch der Leichtathlet, ein Hauptgebiet übrigens, von den Arbeitersportlern zu hoher Form entwickelt wurde. Ein Sprechchor bildete den Abschluß dieses gelungenen Abends.

Athletik

Im Endkampf um die Mannschaftsmeisterschaft im Ringen standen sich in Wüstewaltersdorf die „Freien" Tannhausen und Sandow-Dittersbach gegenüber. In sehr guten Kämpfen konnten die „Freien"-Tannhausen mit $15\frac{1}{2} : 12\frac{1}{2}$ Punkten die Dittersbacher niederringen und damit die Bezirksmeisterschaft der A-Klasse erringen. In der B-Klasse siegte Wüsterwaltersdorf glatt gegen Reußendorf.

Zur höheren Ehre Deutschlands

Der „Deutsche Schwimmverband" sucht Olympia-Kanonen

Mit Verachtung schaut der Deutsche Schwimmverband auf die Wassersportler des Arbeiter-Turn- und Sportbundes herab. Wenn es darum geht, leistungsfähige Mitglieder des Arbeiter-Wassersports zu gewinnen, dann merkt man nichts mehr von der Verachtung.

Vor kurzem wurde die Dresdener Arbeiterschwimmerin H a n n i c k e, die Mitglied des Vereins für volkstümlichen Wassersport Dresden ist, von dem Trainer Meigen vom Schwimmverein „Poseidon"-Dresden während des Familienbadens im Güntzbad angesprochen. Nachdem er ihre Personalien erfahren und aus dem Gespräch entnommen hatte, daß sie bei der Arbeiterolympia in Wien einen guten zweiten Platz im Kraulschwimmen belegen konnte, wurde sie wenige Tage später durch ein Glückwunschschreiben zu ihrem Geburtstag „ausgezeichnet".

In diesem Schreiben wurde weiter betont, daß „Deutschland (beileibe nicht etwa der Deutsche Schwimmverband) diese Genossin brauche", um 1932 in Los Angeles bei der bürgerlichen Olympiade den deutschen Schwimmsport würdig zu vertreten. Dazu gehöre natürlich auch eine gute weitere Ausbildung, die „nur im Poseidon"-Dresden möglich sei. Es darf angenommen werden, daß dieses Liebeswerben um die Arbeiterschwimmerin vergeblich ist, da bei ihr genügend Klassenbewußtsein und Klassenstolz vorausgesetzt wird, um den Vertreter des DSV links liegen zu lassen.

Es handelt sich hier aber um keinen Einzelfall, denn Herr Meigen hat bereits vor einigen Jahren sein Handwerk mit Erfolg betrieben, indem er die Schwimmerin und spätere Meisterin des Deutschen Schwimmverbandes Lotte Lehmann aus dem Verein für volkstümlichen Wassersport in seinen Verein holte. Auch anderwärts scheint man in diesen Praktiken einige Erfahrungen zu besitzen. Der ehemalige Arbeiterschwimmer Schrader-Hildesheim, der repräsentative Wasserballspieler Gunst-Hannover und der Rückenschwimmer Schulz-Nürnberg sind Beispiele dafür.

Herr Meigen scheint aber auch vor den eigenen Verbandsvereinen nicht Halt zu machen, wenn es gilt, für seinen Verein gute Kräfte zu gewinnen. Wahrscheinlich gehören solche Eigenschaften zum „guten Sportgeist im Deutschen Schwimmverband". Aber wie kann es auch viel anders sein in einer Organisation, die den Sport nicht zur Körperertüchtigung ge-, sondern als Rekordschauspiel mißbraucht.

Freie Turnerschaft Breslau e. V.

Tennis-Abteilung. Donnerstag, 10. Dez., Jahreshauptversammlung bei Koschick, Luisenstr. 13. Das Tischtennis-Turnier hat seinen Abschluß gefunden. Die Beteiligung war gut. Ein Mannschaftskampf gegen Z.d.A. steigt am 2. Dez. im Stadion.

3. Männer-Abteilung (Klettendorf)

Die Turnstunden finden wieder regelmäßig Dienstag und Donnerstag in der Gemeindeturnhalle statt. Schüler 18 Uhr bis 19.30 Uhr. Jugend und Männer 19.30 bis 21.30 Uhr. Leitung bis auf weiteres Gen. Gebauer.

Freie Kanu-Vereinigung Breslau E. V.

Freitag, 20 Uhr, bei Urbanke, Margaretenstr. Mitgliederversammlung. — Sonntag, 10 Uhr, Turnhalle, Fürstenstr. 23—29. Trockenskikursus für alle Bundesmitglieder. Schneeschuh mitbringen.

4. Frauen-, 7. Frauen- und 7. Männer-Abt.

Wintersportler, die Weihnachten in die Eule fahren, Freitag auf der Halle bei Genossen Friedrich melden.

*

Kreisrat, und Kreisspartenleitungen des 14. Kreises.

Donnerstag, 3. 12. 31, 20 Uhr, Kartellbüro, Aussprache über die sportpolitische Lage im 14. Kreise. Alle Mitglieder des Kreisrates und der Spartenleitungen der Wassersportler, Fußballer und Turner werden um pünktliches Erscheinen ersucht.

Arbeiter-Radiobund

Aus technischen Gründen ist es notwendig, die Stunden für die soziale Radiohilfe auf jeden Donnerstag von 16—18.30 Uhr zu beschränken. Die Monatsversammlung findet am Donnerstag 3. Dez., im Heim Paradiesstr. 17, statt. Redner ist Gen. Barthel. Thema: „Die Reform der Monatsversammlungen. Frauen und Angehörige sind eingeladen. Anschließend bunter Teil.

Zusammenkünfte Gruppe Zentrum: Jeden Donnerstag, 20 Uhr, Paradiesstraße 17.

Gruppe West: Jeden zweiten und vierten Freitag in Schadels Gaststätte, Promnitzstraße 46.

Gruppe Zimpel: Jeden Freitag, 20 Uhr, bei Witke, Zimpeler Straße.

Gruppe Deutsch-Lissa: Dienstags, 20 Uhr, Wolffs Gaststätte, Neumarkter Straße.

Kurzwellengruppe Zentrum: Sonnabends, 20 Uhr, Paradiesstraße 17.

Kurzwellengruppe West: Im Heim der Gruppe West, Promnitzstraße 46.

Soziale Radiohilfe: Nur noch jeden Donnerstag von 16 bis 18.30 Uhr, Paradiesstraße 17.

SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung

Bezugspreis: monatlich . . 2,40 RM. einschl. Bestellgebühr
wöchentlich 0,60 RM einschl Bestellgebühr
bei Postbezug 2,10 RM. zuzügl. 36 Pf. Zustellgebühr

BESTELL-SCHEIN

Bestelle zur sofortigen Lieferung durch .... Exemplar

„SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung,

Zentralorgan der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Name ....

Wohnort: ....

Straße: ....

Diesen Bestellschein nimmt entgegen: jeder Vertrauensmann und Zeitungsobmann der SAP, der Briefträger, oder schicke ihn an: Sichel Zeitungs-Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin O 27, Magazinstraße 15-16.

Die Roten Bücher der Marxistischen Büchergemeinde

Im Dezember erscheint *Bd. IV*

Sozialistische Programme und die SAP

zur Programmdebatte der SAP von Anna Siemsen

In Vorbereitung. *Bd. V*

Gewerkschaften im Klassenkampf

Preis für Mitglieder **3,—** (kein Eintrittsgeld) — Bei Einzelbezug **4,75.**

Freie Verlagsgesellschaft
Berlin-Tempelhof, Hohenzollernkorso 67

Perfekte, zuverlässige

Stenotypistin

welche auch mit Büroarbeiten vertraut ist, für Organisationsbüro gesucht. Bewerbungen an die Redaktion der „SAZ", Breslau, Kleine Holzstraße 3

Volksbühne
Theat. a. Bülowpl.
D 1, Norden 2846
Tägl. 8 Uhr:
Rudolf Forster
in
Der grüne Kakadu
und
Der Kammersänger

Für den Weihnachtstisch

Damenkonfektion „Bleyle Strickkleidung" Kleiderstoffe Teppiche Läuferstoffe Decken Gardinen Handarbeiten Trikotagen Strickwaren Strümpfe Handschuhe Bettwäsche Tischwäsche Küchenwäsche Leibwäsche

Größte Auswahl! Preise jetzt sehr billig!

E. Julius Neumann jr., Eibau, Bahnhofstr.

Prima Bettfedern und Daunen